

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonnabends.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro
Quartal exkl. Postgeld. Bestel-
lungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Berlin S. 69, Rottebuserdamm 23 I.

Inserate
bis vierpaltige Zeitzeile 30 Bl.,
Stellungszeile 20 Bl.; für Ver-
bandsmitglieder 20 Bl.; Verjam-
lungsanzeigen 10 Bl. Privat-
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 9.

Berlin, den 27. Februar 1909.

25. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Fragebogen für eine Statistik der Tarifverträge haben wir an alle diejenigen Bevollmächtigten gesandt, in deren Bezirk Tarifverträge bis zum 31. Dezember 1908 überhaupt abgeschlossen worden sind. Wir ersuchen, diese Fragebogen gewissenhaft ausgefüllt bis zum 1. März dieses Jahres an uns zurückgelangen zu lassen unter Beifügung von möglichst je 4 Exemplaren aller im Jahre 1908 abgeschlossener Tarifverträge, soweit solche noch nicht an uns eingesandt wurden.

Diejenigen Bevollmächtigten, welche über Tarifverträge zu berichten haben, aber vorstehenden Fragebogen nicht erhalten haben, wollen solchen von uns umgehend verlangen.

2. Neue Formulare zur Berichterstattung über Lohnbewegungen aller Art sind von der Generalkommission herausgegeben worden. Man wolle daher die alten Formulare: Fragebogen betreffs Lohnbewegung (I), Bericht über eine Lohnbewegung ohne Arbeitsstellung (II), Erster Wochenbericht über Streik und Aussperrung (IV), Bericht über weitere Wochen (V) und Schlußbericht über Streik und Aussperrung (VI) vernichten und im Bedarfsfalle neue Formulare von uns verlangen.

3. In Stockholm (Schweden) wird bis auf weiteres keine Reiseunterstützung ausbezahlt, weil noch von der letzten Aussperrung viele Arbeitslose vorhanden sind.

4. Da Mitte März ein neues Adressenverzeichnis herausgegeben werden soll, so ersuchen wir die Bevollmächtigten dringend, uns etwaige Adressenänderungen bis spätestens zum 8. März angeben zu wollen. Da in früheren Fällen die Änderungen leider vielfach später als zu dem angeetzten Termin einliefen und zum Teil nicht mehr ins Verzeichnis aufgenommen werden konnten, wodurch das Adressenverzeichnis besonders für unsere wandernden Kollegen an Wert einbüßte, so mahnen wir die Bevollmächtigten nochmals dringend zur rechtzeitigen Einfindung der Adressenänderungen.

5. Die Anträge auf Bewilligung von Mitteln zur außerordentlichen Agitation sind seitens der Bevollmächtigten an den Verbandsvorstand vor Beginn der Agitation einzureichen. Insbesondere gilt dies auch von Anträgen, die die Bewilligung von Mitteln für die Agitation des jeweilig kommenden Quartals betreffen.

Da gegen diese, auch im Handbuch für die Bevollmächtigten gegebenen, Anweisungen vielfach verstoßen worden ist, so ersuchen wir die Bevollmächtigten dringend, zukünftig dieselben besser zu beachten, da andernfalls den zu spät oder nach geschener Agitation einlaufenden Anträgen auf Bewilligung der Kosten wahrscheinlich die Genehmigung versagt werden wird.
Der Verbandsvorstand.

Lehren vom Streik in Aachen.

In unserem vorigen Artikel haben wir den Ausgang des Tarifkampfes in Aachen geschildert und dabei die äußerlichen Ursachen und Umstände berührt, welche zum schließlichen unglücklichen Abschluß führten. Wenn wir dabei unserer Bundesgenossen gedenken müssen, und zwar in einer Weise, die dem einen und anderen der christlichen Kollegen gerade nicht angenehm sein mag, so wollen diese bedenken, daß wir unseren vorigen Aufsatz nach Möglichkeit dem Stil und der Weise angepaßt haben, wodurch sich die „Graph. Stimmen“ so sehr auszeichnen. Sie wollen sich also bei ihrem Verbandsorgan bedanken und des Spruches gedenken: „Was du nicht willst, daß man dir tu, das füg' auch keinem anderen zu!“ Wie sehr es notwendig war, die verletzten und heimtücklichen Angriffe zurückzuweisen, wird bewiesen durch die Art und Weise, wie die christlichen Gewervereiner die Aachener Lohnbewegung auszuschlachten suchten. Es ging uns aus dem Sauerlande eine Anfrage zu, ob es denn wahr sei, daß die freigewerkschaftlich organisierten Buchbinder in Aachen ihre christlich organisierten Kollegen im Stich gelassen und Streikbruch verübt hätten? Diese Behauptung hätte ein christlicher Gewerkschaftsrechner in einer Versammlung aufgestellt. Wahrscheinlich kennt dieser Christenmensch das achte Gebot nicht. Auf alle Fälle beweist aber ein solches Vorkommen, wie sehr die „Christlichen“ zur Legendenbildung neigen. Daher ist es unsere Pflicht, diesen Verleumdungen entgegenzutreten. Was sind aber nun die eigentlichen, gewissermaßen naturnotwendigen Ursachen, warum der Tarifkampf sein Ziel nicht erreichen konnte? Zunächst steht ohne allen Zweifel fest, daß die wirtschaftliche schlechte Konjunktur den Kampf ungenügend für uns erschwerte. Zwar glaubten die Aachener Kollegen nicht an diese schlechte Geschäftslage und waren der Meinung, daß genügend Aufträge vorhanden seien. Es stellte sich aber doch sehr bald heraus, daß diese Ansicht keine zutreffende war und daß den Kollegen der weite Blick fehlt, um einen oder auch mehrere vielleicht momentane eilige Aufträge nicht mit einer guten Konjunktur zu vertauschen. Der Kampf mußte also unter für uns sehr ungünstigen Umständen geführt werden, und von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet ist das Zustandekommen von neuen Tarifabschlüssen in einer Reihe von Firmen als ein sehr günstiges Resultat zu bezeichnen. Weiter wurde die Tarifbewegung durch das Hineinspielen der sogenannten Bierstädte-tarifbewegung erschwert. Von vornherein standen gewichtige Bedenken dem gegenüber, Aachen mit Düsseldorf und Köln sowie W.-Gladbach zusammen unter einen gemeinschaftlichen Hut bringen zu wollen. Dazu waren die Lohnverhältnisse denn doch zu verschieden. Entweder mußten die niedrigen Lohnsätze in Aachen, auf Köln und Düsseldorf niederdrückend wirken, was der fortschrittlichen Tendenz der Tarifbewegung in diesen beiden Städten widersprach, oder aber Aachen mußte in einen schweren Kampf um verhältnismäßig hohe Lohnforderungen hineingedrängt werden, die die ganze wirtschaftliche Lage nicht geraten erscheinen ließ. Letzteres ist denn nun auch eingetreten. Diese vorgebrachten Bedenken fanden in den gemeinschaftlichen Beratungen des vorigen Sommers nicht die notwendige Beachtung. Das Ideal, einen Bierstädte-tarif zu

bekommen, der als Grundlage für einen allmählich auszubauenden Tarif für ganz Rheinland dienen könnte — ein Gedanke, der auch in Prinzipalskreisen propagiert und uns empfohlen war — verführte manchen Kollegen dazu, die dem entgegenstehenden tatsächlichen Schwierigkeiten wenn nicht zu übersehen, so doch mindestens stark zu unterschätzen. So kam, was kommen mußte. Um eine Brücke zu finden zwischen dem, was man in Düsseldorf und Köln durchzubringen hoffte und dem, was im alten Aachener Tarif enthalten war, wurden für Aachen Forderungen aufgestellt, die zwar an und für sich sehr berechtigt waren, im Hinblick auf den vor drei Jahren abgeschlossenen Tarif aber auf die Aachener Prinzipale verblüffend wirken mußten und tatsächlich von diesen auch als ein „Bluff“ empfunden wurden. Dazu kam, daß man in den Kollegenkreisen der Ansicht war, recht viel fordern zu müssen, da ja doch nachher das Abhandeln losgehen würde. Unser Verbandsvorsitzende, Kollege Kloth, hat in einer gemeinschaftlichen, von den vier Städten beschickten Sitzung auf das Bedenkliche eines solchen Vorgehens hingewiesen und davor gewarnt, konnte aber ebenfalls mit seinen Ansichten nicht durchdringen. Solche Schwachspraktiken finden aber heute keinen Boden mehr vor. Je mehr sich die Prinzipale zusammenschließen und je mehr sie schließlich auch den Tarifgehabten als für sich nützlich empfinden, um so mehr werden sie sich auch feste Grenzen stecken, von denen sie, auf dem Wege des Unterhandelns wenigstens, nicht abzubringen sind. Das hat denn auch der Ausgang in Köln und Düsseldorf gezeigt, wo nach langwierigen Verhandlungen endlich kurz vor Jahres-schluß ein gemeinschaftlicher Tarif zustande kam, der auf friedlichem Wege den Gehilfen manche Vorteile brachte.

Aachen aber geriet dadurch ins Hintertreffen. Die Aachener Prinzipale wollten von dem „Bierstädte-tarif“ nichts wissen und ihre Kölner und Düsseldorfer Kollegen besaßen nicht Einfluß genug, um sie zum Mitgehen zu veranlassen. Letzteres beruht auch wieder auf der Verschiedenheit der industriellen Verhältnisse. Die Aachener Prinzipale glaubten sich am besten der nach ihrer Meinung ungeheuerlichen Forderungen der Arbeiterchaft erwehren zu können, wenn sie nun ebenfalls einen „Bluff“ anwandten, indem sie anstatt einen verbesserten, einen verschlechterten Tarif auf drei Jahre anboten. Nach und nach wollte man dann beim Verhandeln etwas nachgeben, um dann vielleicht eine fünfprozentige Erhöhung auf zwei Jahre zu bewilligen. Diese Taktik ist die ganz natürliche Folge der von uns angewandten Methode, möglichst viel zu fordern, um dann auch Spielraum zum Nachlassen zu haben. Daß diese Taktik nicht richtig ist, ist durch den Ausgang der Bewegung von neuem erhärtet worden. Sie wird auch von dem Gros der Kollegen-schaft nicht verstanden werden, denn sie hat zur Voraussetzung, daß man nach außen hin so tun muß, als sei das Geforderte das Minimum. Dann wird aber die Kollegen-schaft nicht verstehen, wenn ihnen ihre Beauftragten nachher empfehlen, sich mit weniger zufrieden zu geben. Letztere kommen somit in eine unangenehme schiefe Stellung.

Durch die langen Verhandlungen in Köln und Düsseldorf ging in Aachen viel Zeit nutzlos verloren. Als endlich sich herausstellte, daß es mit dem „Bierstädte-tarif“ nichts geben würde und Aachen allein stand, war die Jahreszeit sehr weit vorgeschritten, die

Verhandlungen verzögerten sich bis kurz vor Weihnachten, und als nun das Angebot der Prinzipale mit 5 Proz. auf drei Jahre folgte, da verlor die Kollegenschaft die Lust zum „Handeln und Schachern“ und machte Schluss damit. Und doch hätte vielleicht eine Frist von acht Tagen noch manches ändern können. Also zunächst sind die Vierstädte-Tarifbewegung und die dadurch zur Luftstellung gelangten Forderungen einer der inneren Gründe mit, warum die Tarifbewegung in Nachen einen schiefen Gang nahm. Nach unserer Meinung war es besser, wenn Nachen mit seinen eigenartigen Verhältnissen allein vorging. Man hätte beim Herannahen des Herbstes den Tarif kündigen und gleichzeitig seine Bereitwilligkeit erklären sollen, ein neues Vertragsverhältnis eingehen zu wollen. Dann wäre vielleicht ohne Kampf ein besseres, wenigstens einseitigeres Resultat erzielt worden.

Die Lehre, welche aus dem Gesagten zu ziehen ist, geht also dahin, daß es unseren Kollegen noch sehr an der notwendigen geistigen Schulung mangelt, daß sie die Zeichen der Zeit nicht zu deuten verstehen und die ökonomischen Lehren, welche in der Arbeiterliteratur niedergelegt sind, nicht zu beherrigen wissen. Mehr gewerkschaftliche und soziale Aufklärung tut not.

Außerdem kommen noch eine Anzahl anderer Ursachen in Betracht, aus denen ebenfalls die nötige Lehre gezogen werden muß. Eine derselben ist die unheilvolle Zersplitterung in mehrere Organisationen, auf die immer und immer wieder hingewiesen werden muß. Zwar haben die Kollegen in den Tagen des Kampfes treue Waffenbrüderschaft gehalten, aber dadurch kann die schwere Schädigung nicht wettgemacht werden, welche jede Zersplitterung der Kräfte mit sich bringt. Im Nachen ist das ganz besonders hervorzuheben. Kaum war vor drei Jahren der Tarif abgeschlossen, ja an demselben Tage, am Tage vor Weihnachten, als die Kollegenschaft über die Annahme des Tarifes abzustimmen hatte, brachen die Zwistigkeiten aus, die während der dreijährigen Tarifdauer nicht aufhörten und in den „Graphischen Stimmen“ ihren geschäftigsten Ausdruck fanden. Daß dieses nicht dazu beitragen konnte, den Unternehmern Respekt vor der Einigkeit der Arbeiterinteressen beizubringen, liegt auf der Hand. Noch mehr mußte dieser Respekt aber schwinden, als die Ortsverwaltung der „Christlichen“ dazu überging, eine Eingabe der Tarifkommission an die Prinzipale dadurch zu diskreditieren, daß man dieselbe als nicht für sich maßgebend erklärte und unter allen Umständen eine Antwort auch an die christliche Organisation verlangte. Das war ein so schwerer taktischer Fehler, daß dadurch schon allein sich zu einem guten Teil der Widerstand der Prinzipale gegen den Tarif erklären läßt. Hervorgerufen wurde dieser Fehler aber doch lediglich durch das Bestehen der mindestens höchst überflüssigen

„christlichen“ Konkurrenzorganisation. Es würde geboren aus dem Bestreben, die erste Geige zu spielen und sich als die wichtigste und stärkste Organisation hinzustellen. Da waren die Arbeiterinteressen Nebensache. Dieses Bestreben schaut überall und immer bald in aufdringlicher, bald in besteckter Form hervor. Angeblich ist es ja bekanntlich das Christentum, welches erhalten muß, um diese Organisationszersplitterung zu rechtfertigen. In Wirklichkeit aber sind es politische Interessen, welche dadurch gefördert werden. Die Arbeiter sollen der Zentrumspartei erhalten bleiben und über deren volks- und arbeiter-schädliche Politik durch die gewerkschaftliche Bewegung hinweggeführt werden. Es ist das arbeiterfreundliche Mäntelchen, welches sich das Zentrum dort umhängen muß, wo es auf die Stimmen der Arbeiter angewiesen ist. Durch diese Zersplitterung werden somit zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Einmal wird die Kraft der Arbeiterschaft dadurch wesentlich geschwächt. Das liegt im Interesse der Unternehmer und erhält diese für das Zentrum warm. Dann wird den Arbeitern eine billige Arbeiterfreundlichkeit vorgegaukelt, und damit werden auch diese für das Zentrum warm erhalten. Zuweilen entsteht aber doch in diesem Mäntel, mit dem man die Klassengegnäße verdecken will, ein unangenehmer Miß. Zum Beispiel, wenn ein Streik ausbricht und dem christlichen Arbeiter zum Verwiessein kommt, daß es einen großen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit gibt und daß die im freien Verband organisierten Kollegen seine Klassen-gegessen und treuen Waffenbrüder und Leidens-gefährten sind. Damit nun aber daraus nicht die natürlich sich ergebenden Konsequenzen gezogen werden, muß um so eifriger von den Drahtziehern und Machern der christlichen Gewerkschaftsbewegung der rote Lappen geschwungen werden, damit nur ja aus der Waffengemeinschaft keine Freundschaft wird, denn dann könnte sich die ganze christliche Gewerkschaftsbewegung als eine ganz überflüssige und schädliche Sache erweisen. Daraus erklärt sich denn auch die sonst unbegreifliche Tatsache, daß die „Graphischen Stimmen“ selbst in den Tagen des gemeinsamen Vorgehens ihre Geschäftigkeiten nicht einstellten, unbekümmert darum, ob die gemeinsame Sache darunter leidet. Daraus erklärt sich auch der „Rei“-Artikel in Nr. 4 vom 13. Februar, wo zum soundsovielten Male die dem Christentum feindliche Haltung des „sozialdemokratischen“ Buchbinderverbandes bewiesen werden soll. Das alles hat nur den Zweck, die durch gemeinsame Vorgehen begründete Arbeiter-solidarität möglichst schnell wieder zu zerstören. Weiter hat es keinen Zweck. Solange aber noch solche Kräfte walten und im Finstern ihr unsauberes Handwerk mit Erfolg betreiben können, wird die Arbeiterschaft den Schäden zu tragen haben. Auch das lehrt uns Nachen.

Wenn wir nun im Vorstehenden versuchten, die inneren Ursachen bloßzulegen, welche zu dem unbefriedigenden Erfolg führten, so ist noch hinzuzufügen, daß auch die beruflichen Verhältnisse Nachens nicht so erforscht waren, wie zum plamäßigsten Vorgehen eigentlich notwendig war. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß die Saisonverhältnisse sehr verschieden gelagert sind. Während in einzelnen Betrieben Hochsaison ist, liegen andere brach. Dadurch wird natürlich ein einseitiges Vorgehen und das Zustandekommen eines einheitlichen Tarifs auch sehr erschwert. Damit kommen wir nun aber auf ein Gebiet, das von unserer Kollegenschaft stark vernachlässigt wird. Wir meinen die Berufsstatistik. Ohne eine solche werden wir stets im Dunkeln tappen und uns auf mehr oder weniger zuverlässige Angaben einzelner verlassen müssen. Um aber eine solche Statistik auch wirklich aufnehmen zu können, dazu bedarf es der Arbeit. Nicht der Arbeit einzelner, denen man ja leider immer und immer wieder alles aufzabelt, sondern der Arbeit der Gesamtheit. Und in dieser Beziehung sieht es auch in Nachen noch traurig aus. An der praktischen Mitarbeit im Dienste der Organisation mangelt es noch sehr. Leichter ist es ja, in einer öffentlichen Versammlung mal eine recht radikale Rede zu schwingen und sich an den Pfaffen anderer zu betraufen, als den wirtschaftlichen Verhältnissen nachzuspüren und in stetiger und immer wiederholter Mitarbeit im äußeren und inneren Dienst der Organisation zu wirken. Es ist auch nicht damit getan, in der Stube der Gefahr noch möglichst schnell einen Haufen von Kollegen und Kolleginnen zu organisieren, die nach beendeter Bewegung und nach empfangener Unterstützung sich schnell wieder zerstreuen. Wenn wirklich ein dauernder Gewinn aus dieser Lohnbewegung gezogen werden könnte, so wäre es der, daß sich die Kollegenschaft nun erst recht aufrafft, ihre Reihen stärkt, die Neugeborenen zu aufgeklärten Gewerkschaftlern macht, um für die Zukunft besser gerüstet zu sein. Wenn diese Lehren aus dem Tarifkampf in Nachen gezogen werden, sind die bedauerlichen Opfer nicht umsonst gebracht.

Es offenbart sich immer mehr und mehr, daß die Kultur nur dank dem Zwange der Arbeiter zur Arbeit existieren kann. (Moderne Sklaven.)

Die großen Vermögen entstehen immer entweder durch Bergewältigung — das ist das gewöhnlichste — oder durch Geiz, oder durch einen großartigen Spießhüttenreiß, oder durch kleinere, aber chronische Betrügereien, wie diejenigen, die durch die Kaufleute verübt werden. (Aufzug an die Menschheit.)

Das Prinzip der Politik ist der Wille. (Marg.)

In unbekannte Ferne. *)

Von Leonid Andreje w.

I.

Vier Wochen schon befand er sich im Hause — und vier Wochen herrschte darin seltene Furcht und Anruhe. Alle bemühten sich ebenso zu sprechen und zu handeln, wie sie immer gesprochen und gehandelt hatten, und bemerkten nicht, daß ihr Reden dumpfer Klang, ihr Auge schuldbehaftet und unruhig blickte, und wandten oft die Köpfe nach jener Seite des Hauses, wo sich sein Zimmer befand. Im entgegen- gesetzten Ende des Hauses traten sie unnatürlich fest mit den Füßen auf und lachten ebenso unnatür-

*) Zum besseren Verständnis vorliegender Erzählung seitens des deutschen Publikums diene die Bemerkung, daß der Held derselben als zur revolutionären Partei gehörend zu denken ist. Es leuchtet ja ein, daß die Zentrumverhältnisse es in Anblik unmöglich machen, dies in klaren Worten, ja sogar Andeutungen, auszudrücken. Der Wert der Erzählung liegt aber zum großen Teile in der meisterhaften Schilderung sowohl der Personalsidee eines bedeutenden russischen Revolutionärs, als auch in der, wenn auch kurzen, so doch packenden Schilderung der sowjeten Konflikte, die sowohl für die Angehörigen eines russischen Revolutionärs, als auch für diesen selbst, aus dem entwickelten Kampfe zwischen seiner Partei und der Regierungsgewalt entstehen. Nikolaus kommt, entweder sich vor Veritolung verbergend, oder einem Zuge der Schmach folgend, mitten aus dem entzündeten „Luzakten“ Leben heraus, das diese Leute in Anblik führen, mit falschen Rufen, verlotzt und gebekt, in steter Gefahr, und oft in juchendbaren Kämpfen — in die ägyptische Atmosphäre seines reifen alterlichen Hauses. Dieses im Auge, werden die Zeitbe- reiten der Sozialdemokratie dem deutschen Leser sowohl verständlicher als interessanter sein. Der Uebersetzer.

lich laut; mußten sie aber an der weißen Türe vor- über, die den ganzen Tag von innen verschlossen blieb und so stumm war, als sei hinter ihr nichts Lebendes, mähtigen sie den Schritt, und ihr ganzer Körper neigte sich unwillkürlich zur Seite, als er- warteten sie einen Schlag. Und, obwohl sie im Vor- übergehen auf den ganzen Fuß traten, war ihr Schritt doch leichter und lautloser, als wenn sie auf den Fußstapfen geschlichen wären. Und niemand nannte ihn beim Namen, er war ihnen immer nur „er“, und da sie in jeder Minute alle nur an ihn dachten, er- schienen ihnen diese unbestimmte Bezeichnung viel klarer als der volle Name und veranlaßte niemals eine weitere Frage. Aus irgend einem Grunde er- schienen es allen unsicherbietetig und zu familiär, ihn ebenso zu bezeichnen, wie man alle anderen bezeich- net; das Wörtchen „er“ aber zeichnete genau und scharf jene allgemeine Furcht, welche seine hohe düstere Gestalt einflößte. Und nur die alte Groß- mama, die im oberen Stockwerk wohnte, nannte ihn „Nikolaus“; — doch auch sie empfand jene schreckliche Spannung und unbestimmte Erwartung irgend eines Unglücks, die das ganze Haus erfaßt hatte, und weinte oft. Einmal fragte sie das Stubenmädchen, warum das Fräulein schon so lange nicht mehr Klav- ir spielen. Das Mädchen schaute sie aber nur ver- wundert an, antwortete gar nicht und schüttelte im Weggehen den Kopf, — mit deutlichem Hinweis dar- auf, sie könne sogar die bloße Stellung einer der- artigen Frage unmöglich billigen.

Gefommen war er an einem grauen Novembervormittag, als alle zu Hause waren und um den Teetisch saßen — außer Peter, der längst ins Gym- nasium gegangen war. Draußen war es kalt, und die niedrig schleichenden, grauen Wolken sprühten

Regen hernieder, so daß es, trotz der großen Fenster, in den Zimmern dunkel war und in einigen von ihnen sogar Licht brannte. Er klingelte scharf und gebieterisch. Sogar der Hausherr suchte von diesem Klingelzug zusammen; er erhob sich in der Meinung, das müsse ein vornehmer Besuch sein, und ging lang- sam hinaus, ein freundliches Begrüßungslächeln auf den Lippen. Doch dieses Lächeln verschwand sofort, als er im Halbdruck des Vorzimmers eine ärmlich und unsauber gekleidete Gestalt erblickte, vor der in größter Verwirrung das Stubenmädchen stand, ihr schüchtern den Weg vertretend. Wahrscheinlich war dieser Mann vom Bahnhof gekommen, denn er hatte einen Handkoffer mit, aber er war zu Fuß gekom- men, oder höchstens einen Teil des Weges mit der Elektrischen gefahren, denn sein kurzer, abgetragener Ueberzieher war naß und die Hosen unten ganz steif von Kot und Wasser. Und seine Stimme war heiser und grob, von Feuchtigkeit und Erkältung wohl, viel- leicht aber auch vom langen Schweigen während einer langen Reise.

„Nun — beliebt Ihnen nicht zu antworten? Ich frage Sie, ob Herr Alexander Barsukof zu Hause ist?“ wiederholte der Ankömmling seine Frage.

Doch zu antworten beliebte Herr Barsukof selbst. Ohne ins Vorzimmer hinauszutreten, warf er halb von der Seite einen geringfügigen Blick auf diesen Menschen, den er für einen der unzähligen Wittfeller hielt, die ihn stets überliefen, und sagte streng: „Was suchen Sie hier?“

„Erkennst Du mich nicht?“ fragte der Eindring- ling etwas höflich, aber mit leichtem Neben in der Stimme. „Ich bin der Nikolaus, und nach meinem Vater heiße ich Alexandrowitsch.“

Die Besteuerung der Konsumgenossenschaften.

Es dürfte nicht unnütz sein, auch einmal darauf hinzuweisen, welchen Hemmnissen und Widerständen das Konsumvereinswesen in Deutschland ausgesetzt ist, zumal man auch an deren verhältnismäßig negativer Wirkung die wirtschaftliche Kraft und den idealen Gehalt abmessen kann, welche trotz Hemmnissen nicht geringer Art die Konsumgenossenschaftliche Organisation vorwärtsbringt. Das Kapitel der modernen Beamtenverfolgungen wegen Zugehörigkeit zu Konsumvereinen, wie es erst vor kurzem die Eisenbahndirektionen von Mainz und Erfurt bereichert haben, spricht Bände dafür, daß wenn man die Einteilung der Gesellschaft in Klassen nicht schon von der Wiege bis zum Grabe an eigenen Leibe verspüren würde, die preußisch-deutsche Bürokratie selbst beim Konsumvereinswesen — also einer neutralwirtschaftlichen, aber allerdings wirtschaftssozialistischer Tendenz verdrängten Organisationsform — dafür sorgt, daß diese dreimal geheiligte Klassenordnung auch nicht im mindesten verwirrt oder verwischt wird. Und dann redet vom Klassenhaß der Besitzlosen! Ein noch typischeres Beispiel von Willkürakten, die sich gegen das Konsumvereinswesen richten, lieferte vor zirka zwei Jahren im sächsischen Elsdorfer-Bresden die dortige Stadtverwaltung, indem sie den städtischen Bediensteten und — Arbeitern (!) nach Gewährung einer Feuerungszulage verbot, fernerhin einem der dortigen Konsumvereine anzugehören oder ihm beizutreten. Und erst als die Arbeiterfrauen als Mitglieder die Türen ausfüllten, die die besorgte Mittelstandspolitik der Dresdener Stadtväter — denn um Mittelstandspolitik handelt sich allezeit, wenns gegen die Konsumvereine geht — in die Konsumvereinsreihen gerissen hatte, und als man von dritter Seite bei jeder Gelegenheit an die Taten der Männer von Schilda und Abdera erinnert wurde, zog man in Dresden die pfligige Verordnung zurück. Mähte sich allerdings in neuester Zeit für diese Selbstblamage durch den wiederholten Beschluß einer exorbitanten Umsatzbesteuerung der vier Dresdener Konsumvereine, der allerdings noch der oberbehördlichen staatlichen Genehmigung harret, die in früheren Fällen versagt wurde, und zwar mit der Begründung, daß außer den Vorteilen der Konsumvereine insbesondere für die Arbeiterbevölkerung auch die politische und soziale Verwitterung in Betracht zu ziehen sei, die durch eine derartige Maßregel hervorgerufen werden müßte. Die sächsische Regierung des „roten Königreichs“ von 1903 war inzwischen recht „helle“ geworden!

Das Steuerkapitel zählt so recht zum eisernen Bestand der Mittelstandspolitik, soweit sie sich gegen Konsumvereine richtet. Den neuesten Beweis dafür

lieferte ja die vor einiger Zeit in die öffentliche Diskussion geworfene preußische Gesellschaftsteuer, die bestimmt ist, den Konsumvereinen innerhalb der schwarz-weißen Grenzpfähle das Leben möglichst sauer zu machen. Und die Gefahr dieser Steuer, die den preußischen Konsumvereinen jährlich 500 000 Mk. ihrer Ersparnisse kosten sollte, ist mitnichten deshalb beseitigt, weil sie von der Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses bereits abgelehnt wurde. Im Gegenteil. Die Gefahr ist größer geworden, weil die Absicht besteht, die Steuer, von der die Konsumvereine am allerhäufigsten betroffen werden würden, dem Reichstag zum eventuellen Erfaß für die den Agrariern so unbeliebte Nachlaststeuer zur Beschlußfassung zu „überlassen“.

Die Steuerfrage ist allgemein als ein wunder Punkt in der weiteren Entwicklung des Konsumvereinswesens zu betrachten. Denn eskamotiert der Staat — und darunter fallen heute schon fast die allermeisten deutschen Bundesstaaten — den Wirtschaftsorganisationen der Konsumenten einen großen Teil ihrer Ersparnisse hinweg, so bedeutet das zunächst einen recht empfindlichen Verlust materieller Werte. Weiterhin aber auch einen recht ideellen Verlust; nämlich an Anziehungskraft des Vereins für die konsumierende Bevölkerung, die vorläufig noch recht wenig nach genossenschaftlichen Idealen frägt, sondern ihre eventuelle Mitgliedschaft von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Vereins abhängig macht.

Dies Kapitel ist eines der beschämendsten für die Regierungsmäßigkeit unserer Bundesstaaten. Denn die Besteuerung der Konsumvereine, die ohne weiteres als eine ungerechte Ausnahmebesteuerung bezeichnet werden muß, frisst bis zu 26 Prozent der Ersparnisse der Arbeiter- und sonstigen minderbemittelten Bevölkerung weg. Dabei steht merkwürdigerweise das sonst verhältnismäßig liberal regierte Württemberg an der Spitze. Muß doch der eine Stuttgarter Konsumverein mit seinen 27 000 Mitgliedern bei einer Jahresersparnis von rund 700 000 Mk. im Jahre 1907 an Steuern und Abgaben 162 000 Mk. bezahlen, die sich im Jahre 1909 oder 1910 auf zirka 200 000 Mk. steigern werden, da der neueste württembergische Staatshaushalt eine Vermehrung des Steuerfolls um 12 Proz. für den Staat und um zirka 8 Proz. für die Stadt vorsieht. Die zirka 70 württembergischen Konsumvereine zusammen zahlten im Jahre 1908 über 300 000 Mk. Steuern und Abgaben bei einer reinen Ersparnis von 1 800 000 Mk. Das ist nicht hübsch. Aber noch viel trasser liegt ein Fall von Ausnahmebesteuerung in der bekannten Webergemeinde Langenbielau. Dort haben sich die armen Weber zu einem Konsumverein zusammengeschlossen, der dank dem preußischen Warenhaussteuergesetz für

1908 bei 3350 Mitgliedern nicht weniger als 11 000 Mark Umsatzsteuer bezahlen mußte, die dann unter die Steuerpflichtigen der 3. und 4. Gewerbesteuerklasse verteilt wurden! So ließ die Gemeinde vom Gelde der armen Weber unter anderem an einzelne Gastwirte 50—70 Mk., an den Schornsteinfeger 60 Mk. und an eine Anzahl kleinerer Fabrikanten (!) ähnliche Summen bar auszahlen. Die Hauptschuld trifft nach der „Sozialen Praxis“, der diese Mütze preußischer Sozialpolitik entnommen ist, das preußische Warenhaussteuergesetz, dessen sozialpolitische Wirksamkeit damit aufs grellste beleuchtet ist.

Im übrigen ist die Ausnahmesteuergesetzgebung einfach ein Stück Mittelstandspolitik allerchristlichster, konservativer Kreise auf Kosten der Ärmsten. Eine Strafe für den wirtschaftlichen Fortschritt, eine Hemmung der genossenschaftlichen Entwicklung. In Bayern und Hessen sind ähnliche Steuernachschuppen wie in Preußen, Sachsen und Württemberg in Vorbereitung, zu denen die Saut des armen Mannes vom Konsumverein geschält werden soll. Daß diese ganze steuerliche Ausnahme-tendenz gegen die Konsumvereine im schärfsten Widerspruch steht mit der überall beobachteten staatlichen Fürsorge für die Handwerker-, Kredit- und landwirtschaftlichen Genossenschaften, denen man häufig genug nicht nur die Verwaltungsorgane des Staates kostenlos zur Verfügung stellt, sondern sie auch direkt finanziell unterstützt und ihnen außerdem Steuervergünstigungen einräumt, ist eine jener „Schicksalsfügungen“, denen die minder- oder nichtsbesitzenden Bevölkerungsklassen in Preußen-Deutschland leider recht häufig ausgesetzt sind. Ausnahmebesteuerung der Konsumvereine, gleich moralische und materielle Unterstützung der übrigen Genossenschaften — darin drückt sich die Formel der staatlichen Gerechtigkeit und volkswirtschaftlicher Erkenntnis aus, so man Mittelstandspolitik nennt. Was die Parteien angeht, die hierbei gewissermaßen als politische Schutztruppen der spendenden Habenichtse in Betracht kommen, so ist vor allem die Sozialdemokratie als ein ehrlicher Freund der Konsumvereine anzusprechen, während die Liberalen aller Schattierungen etwas süß-sauer die Verteidigung der Konsumenteninteressen mitmachen. Die Konservativen und Bauernbündler sind die treibenden Kräfte gegen das Konsumvereinswesen und das Zentrum sieht sich durch seine Mittelstandspolitik auf der einen Seite und durch die zu seiner Fahne schwenkenden Arbeiter auf der anderen Seite zwischen Schylla und Charibdis hin- und hergestoßen. Es handelt mal so, mal so — wies gerade trifft. Die politisch-taktische Seite der Frage ist die, daß die Arbeiter mit Fingern darauf weisen können, daß die Regierungen und herrschenden Parteien den Selbstschutz und

„Was für ein . . . Nikolaus?“ Herr Barssuf trat einen Schritt zurück.

Doch im Fragen noch wußte er schon, was für ein Nikolaus vor ihm stand. Die vornehme Wichtigkeit verschwand von seinem Gesicht, das sich mit greifenhafter Blässe — dem Tode so ähnlich — bedeckte, und die Hände hoben sich zur Brust, da ihm plötzlich die Luft auszugehen drohte. Mit der nächsten raschen Bewegung hatten dann diese Hände Nikolaus' Kopf umfaßt, der kalte graue Bart berührte das nasse, schwarze Spitzbärtchen, und die alten, des Küssens entwöhnten Lippen suchten die jungen, frischen Lippen des Sohnes und drückten sich gierig auf dieselben.

„Warte, Vater, laß mich den Ueberzieher abnehmen.“ sagte Nikolaus weich.

„Gast Du verzeihen?“ fragte der Vater hastig, am ganzen Körper zitternd.

„Ach, Dummeheiten!“ sagte Nikolaus streng und rasch, den Vater leicht von sich stoßend — „was hätte ich zu verzeihen?“

Als sie ins Speisezimmer traten, bereute Herr Barssuf bereits den warmen Impuls, dessen unwiderstehlicher Gewalt sein weiches Herz nachgegeben hatte. Doch die unwillkürliche Freude am unerwarteten Wiedersehen, obwar durch manches im vordrin verwickelt, kochte noch in seiner Brust, und der Anblick des Sohnes, der ganze sieben Jahre vor ihm wohin verschollen war, ließ seinen Wangen jugendlicher, seine Bewegungen stürmisch-leicht erscheinen und er lachte munter auf, als Nikolaus vor seiner Schwester stehen blieb und, sich die erzkornenen Hände reibend, fragte: „Und dieses Fräulein ist wohl mein Schwesterchen — wie?“

„Nina, ein siebzehnjähriges Mädchen, bleich und mager, stand an ihrem Platz am Tische und bewegte verlegen ihre Finger auf der Platte desselben, die großen, erschrocken Augen auf den Bruder gefestet. Sie wußte sofort, daß das ihr Bruder Nikolaus sei, an den sie sich besser erinnerte als ihr Vater, und zwar in Verlegenheit, was sie jetzt tun und sagen sollte. Und als Nikolaus ihr statt eines Kusses nur die Hand drückte, antwortete sie mit einem herzhaften Gähndruck und hätte beinahe — geknickt!“

„Und das hier ist unser Herr Student — Peters Repetitor.“ stellte der Vater vor.

„Peter?“ verblüdete sich Nikolaus, „das lernt auch schon? — Mein, so was!“

Dann wurde er einer hageren Dame vorgestellt, welche den Tee eintrug und von allen nur Anna Ivanowna genannt wurde, und dann betrachteten ihn alle neugierig gespannt, während er sich seinerseits im Zimmer umfaß — ob sich wohl vieles verändert habe in diesen sieben Jahren? . . .

Es war etwas Sonderbares an ihm, das nicht zu definieren war. Durch hohen, schlanken Wuchs, stolze Haltung des Kopfes, scharfe durchdringende Augen unter herborstrecktem starken Augenbrauen erinnerte er an einen Adler. Ein wilder Freiheitsdrang wehte von seinem zerzausten Kopfe; die nervöse zitternde Grazie eines die Klauen zeigenden Raubtieres war allen seinen sicheren, lautlosen Bewegungen eigen, und seine Hände fanden stets ohne das geringste Zaudern oder Schwanken, was sie suchten. Als sehe er das Unbehagliche seiner Lage gar nicht ein, blickte er einem jeden tief und ruhig ins Auge. Doch auch dann, wenn seine Augen zärtlich blickten, blühte darin etwas Zurückhaltendes, Gefährliches — wie man es stets in den Augen eines schmeichelnden

Raubtieres sieht. Seine Sprache war gebieterisch einfach; er überlegte offenbar seine Worte nicht weiter — als seien sie nicht die gewöhnlichen, Fertum und unfreiwilliger Lüge unterworfenen Menschenlaute, sondern unvermittelt die Gedanken selbst. Das Gefühl der Neugier konnte in der Seele eines solchen Menschen nicht Platz haben.

Doch, wenn er auch ein Adler war, seine Federn waren augenscheinlich gar arg zerzaust worden in dem Streite, aus dem er — wohl kaum als Sieger — zu kommen schien. Davon zeugten seine Kleider, welche, schmutzig, schlecht sitzend, die Spuren abenteuerlicher Nachtquartiere trugen. Und diese Kleider hatten außerdem etwas unfafbar Räubermäßiges an sich — etwas, was jedem wohlgekleideten Menschen ein unbestimmtes Gefühl der Beforgnis einflößen mußte. . . . Und dann wieder kamen Augenblicke — wo durch diesen ganzen starken Körper ein momentanes Beben sonderbarer Angst zuckte: der ganze Körper erschien dann kleiner und die Haare auf dem Nacken sträubten sich wie bei einem wütenden Tiere, während die Augen blitzschnell und wild entschlossen über die Anwesenden fuhren. Er sah und trat gierig wie ein Mensch, der lange gehungert hat, oder einer, der sich niemals satt essen kann und sich der Gelegenheit freut, endlich einmal ruhig alles aufessen zu können, was ihm vorgesetzt wird. Mit dem Essen fertig, sagte er: „Das war gut“, und strich sich etwas ironisch über den Magen. Die angebotene väterliche Zigarre schlug er aus, nahm vom Stubenten eine Zigarette an — er selbst hatte nicht einmal Zigaretten, und sagte dann kurz: „Erzählet!“

(Fortsetzung folgt.)

die Selbsthilfe der Arbeitermassen auf einem rein neutral-wirtschaftlichen Gebiet unter Steuerstrafe stellen, während zu gleicher Zeit diese selbe Masse ihre Existenz durch die Wirtschaftspolitik der gleichen Faktoren erschwert und untergraben sieht. Mit der Zeit könnte sich diese Tatsache als eines der stärksten Argumente gegen die arbeitserfreundliche Maske von Regierungen und Parteien bewerten lassen. Und wenn nur den Zweck hätte, der Entwicklung der Konjunkturereinsache recht böse Steine aus dem Weg zu räumen. Was die Aufgabe jedes wirklichen Sozialpolitikers und Volkswirtschaftlers sein müßte.

Die Reform des Hilfskassenwesens.

* Das Hilfskassenwesen soll einer tief einschneidenden gesetzgeberischen Veränderung unterzogen werden. Der erste Entwurf zu der Reform wurde dem Reichstag am 28. November 1905 vorgelegt. Unter dem Vorwande, das Schwindelkassenwesen zu bekämpfen, sah der Entwurf eine Reihe von Bestimmungen vor, welche die Bewegungskraft der Hilfskassen auf das schwerste bedrohten. Der Entwurf erklärte das Hilfskassengesetz einfach für aufgehoben und unterstellte die in Frage kommenden Kassen dem Aufsichtsamt für die Privatversicherung resp. den entsprechenden Landesbehörden. Die Pläne wurden denn auch auf dem außerordentlichen Hilfskassenkongreß im Januar 1906 auf das entschiedenste verurteilt. Gleichwohl wurde der Entwurf vom Reichstag einer Kommission übergeben, von dieser durchberaten und, da inzwischen der Reichstag aufgelöst worden war, in der vielfach veränderten Form dem Reichstag von neuem vorgelegt und zur Diskussion gestellt. Inzwischen ist nichts wieder in der Angelegenheit geschehen. Der Staatssekretär des Reichsamts des Innern gab in der Reichstagsitzung vom 4. März 1908 die Erklärung ab, daß die Reform des Hilfskassenwesens gleichzeitig mit der Reorganisation der ganzen Krankenversicherung vor sich gehen soll. Demnach wird auch die Hilfskassenreform demnächst dem Reichstag wieder beschäftigen.

Die Frage, welche Stellung die Hilfskassen in dem zukünftigen Gebäude der Arbeiterversicherung einnehmen sollen, ist immerhin eine bedeutungsvolle. Das Hilfskassenwesen hat eine jahrhundertlange Entwicklung hinter sich. Das Hilfskassengesetz vom Jahre 1876 (die erstmalige gesetzliche Regelung des Hilfskassenwesens) trägt das Gepräge seiner Zeit und ist ziemlich liberal. Unter der Herrschaft des Gesetzes, das den Kassen weitgehende Freiheit läßt und die Aufsichtsbefugnisse des Staates auf ein Minimum beschränkt, entwickelten sich die Kassen in lebhafter Weise. Im Jahre 1905 bestanden 1708 Hilfskrankenstellen mit zusammen 1 1/4 Millionen Mitgliedern, einem Vermögensbestand von 23 1/2 Millionen Mark und einem Reservefonds von 20 1/2 Millionen Mark. Die in Aussicht stehenden gesetzgeberischen Maßnahmen besitzen sonach eine große Wichtigkeit. Man sollte sich daher in der Öffentlichkeit mehr mit ihnen befassen.

Die Ende Oktober vorigen Jahres zu einer Aussprache über die Reform der Arbeiterversicherung nach dem Reichsamts des Innern zusammenberufene Sachverständigenkonferenz beschäftigte sich nur nebenher mit der Reform der Hilfskassen. Nur ein einziger Punkt des der Beratung zugrunde liegenden Fragebogens beschäftigte sich mit den Hilfskassen, und zwar die Frage: „Wie ist für die Folge das Verhältnis der eingeschriebenen Hilfskassen zu den Pflichtkassen des Krankenversicherungsgesetzes zu gestalten?“ Die Meinungen waren darüber geteilt; Beschlüsse wurden auf der Konferenz nicht gefaßt.

Bei einer ernenten gesetzgeberischen Regelung des Hilfskassenwesens wird es sich vorwiegend um drei Fragen handeln. Erstens: Sollen die freien Hilfskassen nach wie vor selbständige Träger der Krankenversicherung bleiben, d. h. soll die Mitgliedschaft bei diesen auch weiterhin von der Zugehörigkeit zu einer auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes errichteten Klasse, einer sogenannten Zwangskasse entbunden? Zweitens: Soll man sie der Aufsicht des Privatversicherungsamtes unterstellen? Und drittens: Soll man sie unter die Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit im Sinne des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901 einreihen?

Die erste Frage ist die bedeutungsvollste. Von ihrer Erlebigung hängt das fernere Sein oder Nichtsein der Hilfskassen ab. In der Fachliteratur haben sich eine Reihe Autoren gefunden, die namentlich unter dem Gesichtswinkel der notwendigen Vereinheitlichung der gesamten Arbeiterversicherung für Aufhebung der Hilfskassen als Ersatzinstitute für Zwangskassen eintraten, andererseits fanden sich aber auch solche, die für Beibehaltung der jetzigen Rechte der Kassen plädierten. Zu der erstgenannten Kategorie gehört in neuerer Zeit insbesondere Regierungsrat Hoffmann, der (Preuß. Verw.-Bl. 1908, S. 975) für Beseitigung der den Hilfskassen durch § 75 des Krankenversicherungsgesetzes gewährten Vergünstigung, der Befreiung ihrer Mitglieder von der Zugehörigkeit zu einer Zwangskasse eintritt. Bei seiner Stellung und seinem Einfluß haben seine Ausführungen besondere Bedeutung. Über auch eine Reihe anderer Befürworter der Beseitigung der Hilfskassen haben sich gefunden, so z. B. R. Pfannkuchen in der „Volkswirtschaftlichen Zeitschrift f. pr. Arbeiterversicherung“, Amtsgerichtsrat Sahn in der „Arbeiterversorgung“ usw.

Demgegenüber muß man zunächst anerkennen, daß die Hilfskassen im allgemeinen ihre Schuldigkeit getan haben. Man hat zwar von Mißständen bei ihnen, namentlich über das Herborwachsen von Schwindelkassen, denen es nur auf die Ausbeutung ihrer Mitglieder ankommt, gesprochen, hat über hohe Verwaltungsausgaben dieser Kassen geklagt usw. Diese Behauptungen sind aber teils übertrieben, teils lassen sich diese Erscheinungen auf andere einfachere Weise beseitigen. Es hieße tatsächlich das Kind mit dem Bade ausschütten, wollte man nun der vereinzelt, vielleicht belagsäuernden Vorkommnisse wegen die Hilfskassen überhaupt aufheben und ihnen nur noch die Rechte von Zuschußkassen belassen. Die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung macht die Beseitigung der Hilfskassen nicht zur Notwendigkeit. Zunächst geht ja bekanntlich die ganze „Vereinheitlichung“ nicht einmal so weit, die vielen anderen außer den Ortskrankenstellen noch bestehenden Klassenarten, insbesondere die Betriebs- und Zunftkrankenstellen, zu beseitigen. Nach dem gegenwärtigen Stande der geplanten Reform der Arbeiterversicherung soll den Unternehmern auch fernerhin das Recht verbleiben, Betriebs- und Zunftkrankenstellen zu unterhalten. Wenn man für diese das Recht auf Sonderkassen aufrechterhalten will, weshalb sollen dann die Sonderkassen der Arbeiter aufgehoben werden? Die Bedenken der Regierung gegen die Beibehaltung der Hilfskassen sind besonders politischer Art. Bekanntlich soll das Selbstverwaltungsrecht der Ortskrankenstellen erheblich beeinträchtigt werden durch „paritätische“ Organisation der Verwaltung oder anderer Hintertürchen. Wie nun Dr. Franz Lehrs auf Grund bestimmter persönlicher Informationen an „maßgebender Stelle“ in der „Arbeiterversorgung“ vom 2. November 1908 mitteilt, befürchtet die Reichsregierung — übrigens ganz mit Recht — daß durch diese Beschränkung der Selbstverwaltung und der eintretenden Bevormundung die öffentlichen Kassen so unbeliebt werden, daß ein großer Teil ihrer Mitglieder zu den Hilfskassen übergehen wird. Wenn man aber diesen letzteren das Recht der Befreiung ihrer Mitglieder vom Versicherungsbeitrage nähme, so braucht man einen solchen Hebertritt natürlich nicht zu befürchten, und aus diesem Grunde ist es, so argumentiert man im stillen, gehalten, ihnen jenes Recht zu nehmen. Gerade diese Anschauungen der Regierung, deren Vorhandensein man sicher glauben kann, müssen für die Arbeiterschaft Anlaß genug sein, mit Energie für die Erhaltung der Rechte der Hilfskassen einzutreten. Denn die erwähnten Absichten bedeuten doch nichts anderes als eine Art Gefangenahme der Versicherten in den „Zwangskassen! Den Unternehmern beläßt man ihre Selbstverpflichtung in den Unfallberufsgenossenschaften, verstärkt ihre Rechte in den Ortskrankenstellen usw., und damit die Arbeiter dagegen nicht opponieren können, kein Mittel der Abwehr haben, hebt man die Hilfskassen auf! Für den Fall der Beseitigung der Selbstverwaltung der öffentlichen Kassen muß den Arbeitern das Sicherheitsventil des Eintritts in die Hilfskassen verbleiben. Wie die Arbeiter es verstanden haben, sich in den Ortskrankenstellen leistungsfähige Fürsorgeeinrichtungen zu schaffen, so werden sie es auch mit den Hilfskassen imstande sein.

Außer den erwähnten hauptsächlichsten Gründen sprechen noch andere für die Beibehaltung der Hilfskassen. Sie gewähren den versicherungspflichtigen Personen die Freiheit und Möglichkeit, sich eine Klasse zu wählen, deren Unterstüßungen ihren Lebensverhältnissen entspricht. Die Zugehörigkeit zu einer Hilfskasse gewährt absolute Freizügigkeit, denn der Wechsel des Arbeitgebers hat nicht einen Wechsel der Rassenzugehörigkeit zur Folge usw.

Die übrigen beiden Fragen sind von den Hilfskassen selbst schon beantwortet worden. Auf ihrem schon erwähnten Kongreß beschlossen sie eine Resolution, nach der es außer Zweifel steht, daß die Unterstellung der Hilfskassen unter das Privatversicherungsgesetz gleichbedeutend sein würde mit der Einwirkung auf die Beseitigung dieser Kassen überhaupt. Sie würden dadurch gegenüber den anderen Krankenstellen in die denkbar ungünstigste Existenzbedingung gestellt werden. Diefen Befürchtungen kann nur zugestimmt werden. Dem Prinzip der Selbstverwaltung und Selbstbestimmung auf dem Gebiet des Hilfskassenwesens droht die Gefahr der Vernichtung, wenn die Kassen in ihrer Existenzberechtigung dem willkürlichen Ermessen des Reichsaufsichtsamtes unterworfen würden. Die Gleichstellung der Hilfskassen mit den Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit hat auch eine Reihe Gegner unter den bürgerlichen Fachmännern gefunden, wie z. B. den schon erwähnten Dr. Lehrs, Regierungsrat Dr. Wehmann u. a.

Die Mißstände auf dem Gebiete des Hilfskassenwesens, soweit sich solche bemerkbar gemacht haben, und die gebotene Reform desselben kann sehr leicht erreicht werden, ohne daß das Hilfskassengesetz, das nach dem eigenen Zugeständnis der Regierung gegenständig gewirkt hat, der Aufhebung verfällt. Zu dem Zwecke wäre es am besten, wenn die Regierung den Entwurf über die Änderung des Hilfskassenwesens, den sie erstmalig 1905 und erneut 1907 dem Reichstag vorgelegt hat, zurückziehen würde. Durch ihn wird die einschlägige Gesetzesmaterie zu einer äußerst verwickelten, da zwar das Hilfskassengesetz aufgehoben, durch ein anderes und durch Bestimmungen des Gesetzes über die Aufsicht der Privatversicherungen und einer Anzahl Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches aber ersetzt werden soll. Das richtigste wäre eine zeitgemäße Reform des Hilfskassengesetzes nach der Reform der Krankenversicherung, durch welches letzteres der letzteren (namentlich in bezug auf materielle Leistungen) angepaßt wird. Dabei muß aber das Augenmerk darauf gerichtet werden, daß die Selbstverwaltung und Selbstständigkeit und die Eigenschaft als Ersatzinstitute der Hilfskassen unter allen Umständen erhalten wird.

Während der diesjährigen „sozialpolitischen Woche“ im Reichstag hat der Staatssekretär von Bethmann-Hollweg zwar sein Programm in bezug auf die Reform der Arbeiterversicherung dargelegt, über die zukünftige Stellung der Hilfskassen sagte er aber nichts. Es ist zu wünschen, daß über die Pläne der Regierung in den von uns behandelten Fragen recht bald Klarheit geschaffen wird.

Man glaubt gewöhnlich, die Heere würden von den Regierungen nur zur Verteidigung des Staates gegen andere Staaten verstärkt, und vertritt, daß die Regierungen die Heere vor allem dazu brauchen, um sich gegen ihre unterdrückten und geknechteten Unterthanen zu schützen. (Das Reich Gottes.)

Jah hatte schon mehrmals Gelegenheit, den Banken auszusprechen, daß der Patriotismus für unsere Zeit ein unnatürliches, unvernünftiges, schädliches Gefühl sei, welches einen großen Teil der Uebel verursache, unter denen die Menschheit leidet, und daß dieses Gefühl nicht genährt und großgezogen werden dürfe, wie es jetzt geschieht, sondern im Gegenteil unterdrückt und durch alle Mittel, die vernünftigen Menschen zugänglich sind, vernichtet werden sollte.

(Patriotismus und Regierung.)

Die kosmopolitische (weltbürgerliche) Beziehung der Menschen zueinander ist ursprünglich nur ihr Verhältnis als Warenbesitzer. (Marx.)

Das ist die Lehre aller Geschichte: Es ist mit Nationen wie mit einzelnen. Um ihnen die Möglichkeit des Angriffs zu entziehen, muß man sie aller Verteidigungsmittel berauben. (Marx.)

Bournville.

In einem früheren Artikel („Zur Wohnungsfrage“) haben wir schon auf die englische Gartenstadt Bournville bei Birmingham hingewiesen, wo eine der bedeutendsten sozialen Fragen der Gegenwart, eben die Wohnungsfrage, für einige tausend Arbeiter eine glückliche Lösung gefunden hat. Gegenüber der Tat- und Nachlässigkeit, zu der sich bei uns in diesen Dingen Staat und Stadt kläglich bekennen, ist es besonders interessant, zu sehen, zu was für Resultaten es allein die starke Initiative eines Einzelnen bringen kann, wenn ihm die entsprechenden Mittel zu Gebote stehen.

Der geistige Vater von Bournville ist der Kakaofabrikant George Cadbury, der die Stadt im Jahre 1879 gründete und schon damals die ersten Häuser erstellen ließ. Doch fällt der eigentliche Aufbau des Ortes in die Mitte der neunziger Jahre. Die Beweggründe des Erbauers waren verschiedener Natur; seine Absichten entspringen in der Hauptsache aber aus der Ueberzeugung, daß die erbärmlichen Arbeiterwohnverhältnisse, wie er sie in Birmingham beobachten mußte, die Gefahr sowohl einer physischen wie sittlichen Degeneration der Arbeiter offenbarten. Von der Unabänderlichkeit der sozialen Zustände keineswegs überzeugt, beschloß er, ein praktisches Experiment zu machen und die bei ihm beschäftigten Arbeiter, etwa 4000 an der Zahl, der Wohnungsmisere zu entziehen.

Cadbury kaufte, etwa eine deutsche Meile von Birmingham entfernt, 200 Hektar Land, die von einem Fluß durchzogen wurden und zum Teil mit prächtigen Laubwäldern bestanden waren. Etwa 730 Morgen wurden zur Ansiedelung bestimmt und die Größe des einzelnen Grundstückes auf 550 Quadratmeter bemessen. Jedes Grundstück darf nur zu einem Viertel bebaut werden. Der zehnte Teil des ganzen Ansiedelungsraumes blieb von vornherein für öffentliche Anlagen reserviert. Am der Stadt den ländlichen bezw. den Gartencharakter zu erhalten, wurde bestimmt, daß weder eine Fabrik noch ein Laden gebaut werden dürfen, die mehr als ein Fünftel der Fläche einnehmen, auf der sie sich einmieten. In der ersten Zeit wurden die Häuser verkauft, das Land auf 99 Jahre verpachtet. Cadbury überzeugte sich aber bald, daß es falsch sei, das Eigentumsrecht an den Häusern abzugeben, denn es machte sich sofort das Bestreben bemerkbar, die Häuser mit Nutzen weiter zu verkaufen. Es lag auf der Hand, daß das ganze Unternehmen, den Arbeitern gute und billige Wohnungen zu beschaffen, wieder scheitern würde, wenn der Spekulation irgendeine Möglichkeit gegeben war, sich zu betätigen. Nachdem etwa 130 Häuser verkauft waren, wurde der Verkauf ganz eingestellt, und seit jener Zeit muß, wer in Bournville wohnen will, sich eine Wohnung mieten. Damit war der Spekulation ein wirksamer Niegel vorgeschoben. Der Ort wurde zu einem Bauunternehmen, das die Zinsen des Anlagekapitals durch die Vermietungen bequemen deckte.

Um das sich hier und da noch äußernde Mißtrauen der Arbeiter ganz aufzuheben, tat Cadbury einen bedeutungsvollen Schritt. Er verzichtete auf sein Eigentumsrecht an Bournville und machte aus dem Bauunternehmen eine öffentliche Stiftung, was einer Schenkung von 4—5 Millionen Mark gleichkommt. Aus den Erträgen der Stiftung werden neue Bauten errichtet, und sie sollen ferner dazu dienen, neues Bauland anzukaufen, wenn das vorhandene voll besiedelt ist. Auf diese Weise erhielten die Einwohner Bournvilles ihre Stadt zum Gesamteigentum und zur eigenen Verwaltung, die nur insofern wohlthätig beschränkt ist, als sie bei der Uebernahme an die Grundstücke gebunden wurde, die der Stifter Bournvilles für unerläßlich hält zu weiterem Gebeihen und die gerade von den Arbeitern unterdrückt werden können. Sie sagen im wesentlichen, daß an dem Gartencharakter Bournvilles nichts geändert werden dürfe und daß der Ort als Beispiel gedacht sei, wie die Uebel zu überwinden seien, welche von der ungelunden und ungenügend behaglichen Lebensweise der Arbeiterklasse herkommen. Schon den Kindern in der Schule wird ferner bekanntgemacht, daß es als eine Verletzung der Absichten des Gründers gelten würde, wenn irgend jemand von den dort gewährten Vorteilen aus politischen und religiösen Gründen ausgeschlossen

werde. So darf man denn wohl sagen, daß die Gartenstadt Bournville nicht zu vergleichen ist mit den sogenannten „Wohltätigkeits“-Produkten, die wir ja in aller Welt finden, die aus eigennützigem Unternehmerinteresse erwachsen sind und meist nur den Zweck haben, die Arbeiter abhängiger zu machen.

Der blasse Reiz kann einem beschleichen, wenn man die Arbeiterstadt Bournville in den prächtigsten Farben geschildert sieht und dabei an die Höhlen denkt, die dem Arbeiter sonst im allgemeinen und fast überall als Wohnung dienen. In Bournville wohnen die Arbeiter teils in Eins-, teils in Mehrfamilienhäusern, die aber in keinem Falle zu Mietstafarnen anwachsen, sondern in der Regel nur zwei, drei oder vier Familien beherbergen. So eine Arbeiterwohnung enthält in der Regel — kleine Abweichungen kommen vor — 3 Schlaf-, 2 Wohnzimmer, eine Küche, ein Badezimmer und die sonst üblichen Nebenräume (Waschküche usw.). Für eine solche, man möchte fast sagen: „Herrschafts“-wohnung zahlt der glückliche Bürger von Bournville nicht mehr als 250—300 Mk. jährlich, d. h. einen Preis, wie er in Berlin etwa für eine Hofwohnung, die eine Stube und Küche enthält, üblich ist! Zu berücksichtigen ist ferner, daß zu jedem Hause ein Garten gehört, dessen Nutzungswert (Gemüse usw.) auf durchschnittlich 100 Mk. jährlich geschätzt wird. Uebrigens wird den Einwohnern Bournvilles weiteres Land, daß sie etwa zu bewirtschaften gedenken, für billige Pacht außerhalb des eigentlichen Stadtkreises zur Verfügung gestellt.

Erweist schon Art und Lage der Wohnungen, ein wie großes Gewicht auf den hauptsächlichsten Faktor, den gesundheitlichen, gelegt wurde, so ist damit doch die Reihe der hygienischen Wohltaten keineswegs erschöpft. Breite, baumbepflanzte Straßen, große Parks und Rasenflächen, Sport- und Turnplätze, Bade- und Schwimmgelegenheit im großen Bassin sorgen ferner dafür, daß den Erwachsenden kein Mittel zu seiner Gesundheitspflege fehle — und es ist selbstverständlich, daß für die heranwachsenden Menschlein erst recht in ausreichender Weise auf ihre Spiel-, Schul- und sonstigen Bedürfnisse Rücksicht genommen wurde: Die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen Cadburys, der natürlich seine Kakaofabrik nach Bournville verlegte, erhalten wöchentlich mehrere Stunden für turnerische Uebungen frei. Aber auch die Alten sieht man in ihren Freistunden bei lebhaftem, fröhlichem Spiel und Sport, und sie, die vielfach ein trübes, gedrücktes Leben hinter sich haben, leben noch einmal auf wie in einem neuen Dasein. Für den Fall ihrer Invalidität haben sie schon gar nichts zu befürchten; sie erhalten Altersrenten und können in eines der „Armenhäuser“ — die in Wahrheit kleine, prächtige Villen sind — aufgenommen werden. So ist es denn kein Wunder, daß die Sterberate in Bournville fortwährend im Sinken ist; schon im Jahre 1901, als sie in Birmingham 19,9 Proz. betrug, stand sie in Bournville auf 8,8 Proz. und ist inzwischen noch weiter gesunken — ein Beweis für die Vortrefflichkeit der Cadburyschen Idee, aber zugleich auch ein erschreckender Beweis für die mörderische Wirkung der sonst üblichen Menschenanhäufung.

Der Gründer von Bournville hätte seine Arbeit nicht ganz getan, wäre er nach Erfüllung aller gesundheitlichen Anforderungen der Meinung gewesen, sein Werk sei schon vollständig. Aber er hat von vornherein die Schönheit neben die Gesundheit gestellt, und so ist Bournville nicht nur ein gesunder, sondern auch ein schöner Wohnort geworden. Schon die Wahl des Terrains, das sich einer bevorzugten landschaftlichen Lage erfreut, geschah unter Berücksichtigung des ästhetischen Gesichtspunktes, ebenso die Anlage des Ortes. Für einen, der dann doch endlich sparen wollte, lag es nahe, nun einen Architekten mit der Ausarbeitung einiger Normalpläne zu beauftragen und so dem ganzen Ort etwas Uniformes zu geben. Cadbury hat diese Geschmacklosigkeit vermieden und verschiedene Baukünstler herangezogen, die für das individuelle Gepräge der Häuser sorgten, die Architektur sowohl dem Zweck wie der vorhandenen Umgebung anpassen und das kafernenmäßige vermeiden. Das schönste Gebäude in Bournville ist die Schule — ein charakteristischer Zug des Gründers, der auch Gärtnerlehrcurse veranstaltet und so versucht, den Sinn für das Schöne zu

wecken. Die Hausgärten werden — „der reinste Sozialismus!“ werden unsere Gegner sagen — von städtischen Gärtnern angelegt, damit alle Einzelbilder sich schön und planvoll in das Große und Allgemeine einordnen. Die spätere Pflege ist Pflicht der betreffenden Hausmütter.

In diesem, uns fast märchenhaft anmutenden Paradies stehen gegenwärtig ungefähr 700 Häuser mit einer Einwohnerzahl von etwa 3000. Offenbar wohnen nicht alle Cadburyschen Arbeiter hier, wie denn der Ort überhaupt keineswegs nur für bestimmte Klassen oder ein bestimmtes Fabrikpersonal gebaut wurde. Die Stadt Bournville steht, soweit er eine passende Wohnung finden kann, jedem offen. Es ist aber ganz selbstverständlich, daß Bournville in der Hauptsache Arbeiterstadt ist, und daß ein aus so gemeinnützigem Motiven entspringendes Unternehmen den Proletariern gewisse Vorrechte einräumt. Der Ort hat übrigens, wenn sein Platz ganz ausgenutzt wird, für 8000 Einwohner Raum — eine Zahl, die in nicht allzu ferner Zeit erreicht sein dürfte; denn die Menschen drängen sich nach diesem Eden, trotzdem es — oder weil? — es ein Stückchen Sozialismus verkörpert, soweit die Wohnungsfrage damit zu tun hat. Es scheint also doch, als ob eine, wenn auch noch so bescheidene Anwendung sozialistischer Grundzüge in der Praxis durchaus nicht die abschreckende Wirkung zeitigt, die uns von unseren Feinden höhnisch geweissagt wird!

Als Kuriosum sei erwähnt, daß Bournville nicht eine einzige Schenke hat. Ein Ausdankt alkoholischer Getränke darf nur errichtet werden, wenn ein einstimmiger Beschluß der Verwaltung ihn genehmigt; sollte ein solcher Beschluß aber wirklich einmal gefaßt werden, so soll der Profit aus dem Verkauf der Getränke zur Bekämpfung des Alkoholismus dienen! Ein prächtiges Versammlungslokal, das 1500 Personen faßt, steht den Bournvillern zur Verfügung — und so ist kaum zu befürchten, daß sie den Alkoholismus jemals auf eine andere Art werden bekämpfen müssen als auf die, die am wirksamsten in der bloßen Existenz eines solchen Ortes wie Bournville liegt! —

Internationales.

Holland. Lohnbewegung in Haag. In der holländischen Residenzstadt streben unsere organisierten Kollegen mit erneutem Eifer danach, eine tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen. Sie sind bis jetzt so weit damit gekommen, dass eine gemeinsame Kommission von drei Vertretern ihrer Organisation und ebensovielen Vertretern der Buchbindermeisterorganisation mit der Ausarbeitung eines Tarifvertragsaufwurfes beschäftigt ist. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind in Haag so traurig, dass sie nur zu sehr gründlicher Verbesserung bedürfen. Löhne von 8 bis 9 Gulden (13,60 bis 15,30 Mk.) die Woche bei elf- bis zwölfstündiger Arbeitszeit werden Gehilfen geboten, die schon jahrelang die Lehrzeit hinter sich haben. Dazu kommt jetzt noch die furchtbare Wirtschaftskrise, die viele zu langer Arbeitslosigkeit verdammt. Heimarbeit samt Kinderarbeit tragen ein grosses Teil bei zu dem Elend in unserem Beruf.

Der Kollege A. Martinus, Sekretär der Buchbinderbranche in Haag, schreibt: „Während die Gesellen arbeitslos herumlaufen, werden die Kinder, die noch in die Schule gehören, in einer traurigen Weise ausgebeutet. Hausarbeit und Stückarbeit sind an der Tagesordnung, während zum Ueberfluss des Elends die Kleinmeister wie Pilze aus der Erde schießen. Man geht kaum eine Strasse entlang, ohne eine Räumlichkeit zu finden, wo bei Tag und Nacht durch Kinder und Invalide die Arbeit von oft soliden Druckereien fertiggestellt wird.“

In derselben Stadt sind unsere Berufsverwandten, die Buchdrucker, in den grossen Kampf um den Arbeitskontrakt verwickelt, den das Unternehmertum in den verschiedensten Berufen der holländischen Arbeiterschaft aufzuzwingen hat. Wie denen, die die sozialdemokratische Presse aufmerksam lesen, wohl schon bekannt sein wird, hat dieser Kampf seine Ursache darin, dass das Unternehmertum Hollands das dort kürzlich in Kraft getretene Gesetz über den Arbeitskontrakt dazu auszunutzen sucht, den Arbeitern individuelle, persönlich zu unterzeichnende Arbeitsverträge aufzuzwingen, durch die die Arbeiter gleichsam zu Hörigen gemacht werden sollen. Man will die Arbeiter und Arbeiterinnen jetzt in der Zeit der Wirtschaftskrise so an die Arbeitsplätze fesseln, dass sie auch in den kommenden

besseren Zeiten nicht an irgendwelche Kämpfe um Verbesserung ihrer Lebenslage denken können, ohne mit schweren persönlichen Schädigungen, sei es in Form von Bestrafung wegen Kontraktbruch oder durch Bübasse der Garantiesummen, die vom Lohn einzubehalten werden sollen, rechnen zu müssen. Dieses Streben des Unternehmertums hat die Arbeiterschaft zu energischem Widerstand gleichsam aufgepeitscht. In verschiedenen Orten und in verschiedenen Berufen ist es zu schweren Kämpfen gekommen, die solchen Umfang angenommen haben, dass der Verband der niederländischen Gewerkschaften bereits seit einigen Wochen allgemeine Sammlungen zur Unterstützung der daran beteiligten Organisationen veranstaltet.

Im Buchdruckgewerbe zu Haag hatten seit geraumer Zeit Verhandlungen über den Abschluss eines allgemeinen Tarifvertrags stattgefunden und waren auch so weit gediehen, dass die Kommission der Prinzipale und Gehilfen sich geeinigt hatten über einen Vertrag, der neben anderen der Gehilfenschaft günstigen Bestimmungen Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit brachte und so der Arbeitskammer zur Anerkennung übersandt wurde. Nun aber haben die organisierten Buchdruckereibesitzer plötzlich Verrat an diesem Werk der tariflichen Einigung geübt. Sie verlangen von ihrem Personal, dass jeder einzelne bis zum 20. Februar bei Strafe der Entlassung einen individuellen Arbeitsvertrag unterzeichnet, der unter anderem die Verpflichtung enthält, unter allen Umständen überwiesene Arbeit, also gegebenenfalls auch Streikarbeit, auszuführen, mit einer Menge von Strafbestimmungen, Schadenersatzbestimmungen und dergleichen mehr ausgestattet ist, das den Arbeitern unannehmbar erscheint. Die Gehilfenschaft lässt sich selbstverständlich dieses Attentat nicht ruhig gefallen. Gelingt es nicht, durch Verhandlungen mit den Prinzipalen diese individuellen Kulikontrakte zu beseitigen und dem Tarifvertrag Geltung zu verschaffen, so wird es wohl auch hier zum Kampfe kommen und jedenfalls werden auch die in den Buchdruckereien tätigen Buchbinder darin verwickelt werden.

Norwegen. Der Norwegische Buchbinderverband hat im verflossenen Jahre gute Fortschritte gemacht. Seine Mitgliederzahl war am 1. Januar 1908 372, am 31. Dezember desselben Jahres 579, ist also um 207 gestiegen. Durch die glücklich beendeten Lohnbewegungen in Kristiania, Porsgrund und Skien haben etwa 500 Mitglieder Verbesserungen ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse, wie auch Verkürzung der Arbeitszeit erzielt.

Schweden. Reist nicht nach Stockholm. Unser schwedischer Bruderverband warnt noch immer vor Zuzug nach Stockholm, da noch viele Kollegen, die von der grossen Aussperrung betroffen waren, arbeitslos sind. Die Arbeitgeber haben sich bekanntlich beim Abschluss des neuen Tarifvertrags verpflichtet, in erster Reihe bei Neueinstellungen die noch von der Aussperrung her arbeitslosen Kollegen zu berücksichtigen, so dass sie nur, wenn sie diesen Vertrag brechen, andere einstellen können.

Mit Rücksicht auf diese Zustände wird bis auf weiteres keine Reise- oder Arbeitslosenunterstützung an Zureisende ausgezahlt.

Korrespondenzen.

Gesperrt ist: **Nachen.**

Zuzug ist fernzubahalten von **Köln.**

Gesperrt ist die Firma **Samuel Mayer, Hofbuchbinderei, Stuttgart.**

Oesterreich: Gesperrt ist die Firma **Mary Mill** in Graz für Kartonnagenarbeiter und Arbeiterinnen, Zugschneider, Pressgoldler, Farbenbruder, Goldschnittmacher, Stwertmacher und Stanger. Man achte auf diffirierte Inzerate, die auch in Deutschland losgelassen sein sollen.

Die wirtschaftliche Krise macht es unseren Mitgliedern mehr als je zur Pflicht, vor jedem Stellungswechsel bei den örtlichen Bevollmächtigten Erkundigungen nach den Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuholen. Die bestehenden tariflichen Abmachungen müssen strengstens eingehalten werden, und darum ist es unerlässlich, daß Vorstehendes genau beachtet wird.

Salzstadt. Unsere erste Jahres-Generalversammlung, welche am 13. Februar stattfinden sollte, mußte wegen zu geringer Beteiligung verschoben werden. Es waren trotz brieflicher Einladung sage und schreibe 7 Kollegen und 1 Kollegin erschienen. Mögen einige Mitglieder tatsächlich verhindert gewesen sein, so ist aber doch, wie uns die Erfahrung hier schon reichlich gelehrt hat, das Schwänzen der Versammlungen im großen ganzen auf eine geradezu

empörende Interesslosigkeit zurückzuführen, ein Zustand, der sich einmal schwer rächen kann. Es wird eben nach wie vor den Sport- und Vergnügungsvereinen mehr Aufmerksamkeit zugewandelt als den Verbandsangelegenheiten. Eine neue Versammlung mußte daher auf den 17. Februar anberaumt werden, welche wenigstens etwas besser besucht war. Der Vorsitzende gibt den Geschäftsbericht vom erstjährigen Bestehen unserer Zahlstelle. Es fanden statt: 11 Vorstandssitzungen und 9 Mitgliederversammlungen. 2 Versammlungen mußten wegen zu schwachen Besuchs ausfallen. In 3 Versammlungen wurden Mezerate gehalten. An sonstigen Veranstaltungen waren aufzuweisen: Eine Gründungsfeier, ein Negiationsabend und 4 Ausflüge. Mitglieder waren am Schlusse des Jahres 11 männliche und 24 weibliche vorhanden. Von diesen feuerten in Klasse I: 19, II: 5, III: 2 und in IV: 9. Zur Invalidenkasse feuerten 7 Kollegen. Arbeitslosenunterstützung wurde ausgezahlt: 45,25 Mk., Krankenunterstützung 2,80 Mk. Die Verbandskasse weist am Schlusse des Jahres einen Bestand auf von 187,70 Mk., die Lokalkasse einen solchen von 62,15 Mk. Die Auszahlung von Arbeitslosenunterstützung am Orte konnte bisher noch nicht in Aussicht genommen werden, da sich noch kein Kollege bereit gefunden hat, das Amt eines Interimsauszahlers zu übernehmen. Es wurde aber beschlossen, an durchreisende, noch nicht bezugsberechtigte oder ausgesessene Mitglieder, außer der bisherigen üblichen Schlafmarke, eine Extraauszahlung von 50 Pf. zu gewähren. Dem Hauptkassierer wurde für seine Mühewaltung eine vierteljährliche Entschädigung bewilligt. Die Vorstandswahl fiel folgendermaßen aus: König, Vorsitzender; Schmidt, Schriftführer; Bespermann, Kassierer; Frisch und Schirmer, Revisoren; Telker, Kartellbelegierter. Der Vorsitzende richtet zum Schluß die dringende Mahnung an die anwesenden Mitglieder, die Tätigkeit des Vorstandes durch regen Versammlungsbesuch zu beschleunigen.

Krefeld. Am Sonntag, den 14. Februar, hielt die hiesige Zahlstelle die erste Generalversammlung in diesem Jahre ab. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. Bericht der Revisoren. 2. Neuwahl des gesamten Vorstandes. 3. Bericht des Jahres. Die Versammlung wurde um 11½ Uhr vom Vorsitzenden Koll. Bauer eröffnet. Nachdem das Protokoll der vorigen Versammlung gelesen und genehmigt, wurde zur Tagesordnung übergegangen. Der Vorsitzende machte die Mitteilung, daß die Prosküren zur Agitation unter den Arbeiterinnen eingetroffen seien und sollen selbige demnächst in einer öffentlichen Versammlung verteilt werden. Alsdann erfolgte der Geschäftsbericht, wonach der Vorstand seine Geschäfte in 12 Vorstandssitzungen, 12 Mitgliederversammlungen, 4 Generalversammlungen und 8 Werkstübensprechungen erledigte. Die Korrespondenz umfaßte 106 Briefe und Karten. Der Mitgliederbestand ergab 140 männliche und 10 weibliche Mitglieder, wozu noch 9 neue hinzukommen. Der Vorsitzende ermahnte die Mitglieder, alle einmütig Hand ans Werk zu legen und in eine kräftige Agitation einzutreten, dann könnten wir auch getrost die Kündigung des im Oktober dieses Jahres abgelaufenen Tarifs vornehmen. Sodann erfolgte der Kassenbericht seitens des Kassierers Leonh. Busch. Es ergab sich für die Verbandskasse zum Schlusse des 4. Quartals in Einnahme und Ausgabe die Summe von 1402,16 Mk. Bestand der Lokalkasse am Schlusse des 3. Quartals 752,92 Mk., Einnahme 325,24 Mk., Summa 1078,16 Mk. Ausgabe 284,80 Mk. Bestand der Lokalkasse am Schlusse des 4. Quartals 793,36 Mk. Auf Anregung der Revisoren Schauben und Dolle, welche die Kasse geprüft und in Ordnung befunden hatten, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Hierauf wurde die Wahl des Vorstandes vorgenommen. Als Vorsitzender wurde Koll. Bauer einstimmig wiedergewählt, wogegen die Wahl des Kassierers auf Schwierigkeiten stieß. Koll. Busch erklärte sich schließlich bereit, den Kassierersposten noch bis zum nächsten Quartal beizubehalten. Als 2. Kassierer und Unterstützungsanzähler wurde Koll. Herrn. Lucht gewählt. Zum Schriftführer wurde Koll. Sluyffer, als Beisitzer die Koll. Thyßen (St. Toni) und Kirchholtes, als Revisoren die Koll. Schauben und Dolle wiedergewählt. Als Kartellbelegierte wählte man die Koll. Bauer und Sluyffer. Nachdem die Vorstandswahl sich in dieser Weise vollzogen, wurde zum Punkt Verschiedenes übergegangen. Der Vorsitzende Kollege Bauer brachte zuerst die Streifade der Firma Marx Meyer zur Sprache, woselbst tarifliche Differenzen vorlagen. Man beauftragte den Vorsitzenden, die Firma Meyer durch ein Schreiben darauf aufmerksam zu machen, damit die Mängel abgeklärt würden, was auch geschah. Die Firma Meyer ließ aber alles beim alten und behauptete, kein Schreiben erhalten zu haben. Darauf wurden die Kollegen Lencoren und Bauer bei der Firma vorstellig, und versprach diese, die Sache nunmehr

zu regeln; aber auch dieses traf nicht zu. Hierauf traten die Kollegen und Kolleginnen zu einer Besprechung zusammen und beschlossen, durch einen Abwehrestreit die Sache zu regeln. Am Freitag, den 5. Februar, wurde beschlossen, die Arbeit nicht früher aufzunehmen, bevor alles geregelt wäre. Am Samstag, den 6. Februar, stand nun die Werkstube vollständig leer, indem die Kollegen, Kolleginnen und Lehrlinge in den Ausstand getreten waren. Der Gauborsitzende Koll. Groenhoff-Elberfeld sowie Koll. Bauer versuchten nun durch Vorfelligwerden die Sache zu regeln, was aber erst beim zweiten Besuche in 2½stündiger Verhandlung gelang, und zwar mit folgendem Resultat: ein Kollege erhielt 3 Mk., einer 1 Mk. und eine Kollegin 50 Pf. Zulage und einem Kollegen wurde Zulage versprochen. Die Behandlung soll ebenfalls besser werden. Nach diesen Zugeständnissen wurde am Montag, den 8. Februar, die Arbeit wieder aufgenommen. Bei der Firma Gust. Cafaretto herrschen auch noch eigenlämliche Verhältnisse; die Behandlung läßt zu wünschen übrig und müssen die Arbeiter für Kaffeewasser, was dort gekocht wird, wöchentlich 5 Pf. bezahlen, was auf der Lohnseite sogar mit vorgedruckt ist. Hoffentlich wird auch dieses geregelt. Hieran anknüpfend bemerkte der Vorsitzende, daß alle vorkommenden Besprechungen unter den Kollegen bleiben sollen und nicht zur Kenntnis der Arbeitgeber gelangen, denn letztere wüßten schon, daß wir die 8stündige Arbeitszeit verlangen. Alsdann wurde bekannt gemacht, daß der „Allgemeine Anzeiger für Buchbindereien“ (Stuttgart) sowie die „Kartonnagen-Zeitung“ im Vereinslokal ausliegen, damit die Kollegen dieselben jederzeit lesen können. In betreff der Unterrichtsfrage wurde erwähnt, daß dieselben vielleicht im August ihren Anfang nehmen werden, und zwar sollen sich dieselben auf 8 Wochen, jede Woche zwei Abende, erstrecken. Sodann wurden die Lohnfragebogen verteilt und gebeten, selbige gewissenhaft bis zur nächsten Versammlung auszufüllen. Hierauf kam noch eine Angelegenheit der Firma Höchster zur Sprache sowie der Firma Theissen. Koll. Gover wünschte, dies nicht als Versammlungsstoff handhaben zu wollen, worauf ihm vom Vorsitzenden erwidert wurde, daß solche Sachen noch viel zu wenig an die Öffentlichkeit kämen. Verschiedene Kollegen erhoben Anschuldigungen gegen den Koll. Kistetz, worauf aber nicht näher eingegangen wurde, weil Kistetz nicht anwesend war und sich daher nicht verteidigen konnte. Es wurde beschlossen, letzteren zur nächsten Versammlung schriftlich einzuladen. Koll. Gover bat diejenigen Mitglieder, welche Anschuldigungen gegen Koll. Kistetz erhoben hatten, auch in der nächsten Versammlung aufwendend zu sein. Seitens des Vorsitzenden wurde noch auf die Zeitschrift „Jugend“ für Lehrlinge aufmerksam gemacht; auch teilte er mit, daß zu Ostern Kollege Roth-Berlin nach Köln komme, bei welcher dieser gebeten werden soll, bei uns in einer Versammlung zu referieren, damit unsere hiesigen Mitglieder ihren Verbandsvorsitzenden kennen lernen. Mit der Bitte an die Mitglieder, in Zukunft öfter im Vereinslokal zu verkehren, was ja wegen der jetzt dort ausliegenden Fachzeitungen geboten erscheint, wurde die Versammlung um 1½ Uhr vom Vorsitzenden geschlossen.

Berlin. (Luzerpapierbranda.) Wir machen hiermit alle Inhaber von Eintrittskarten zu unserem Vortragsszyklus darauf aufmerksam, daß es als ihre Pflicht betrachtet wird, alle Vorträge regelmäßig zu besuchen. Eine beträchtliche Zahl von Säumnigen, welche insbesondere die letzten beiden Vorträge leider geschmängt haben, bitten wir deshalb, dieses zu beheben und fortan regelmäßig die Vorträge zu besuchen. Dieselben finden regelmäßig jeden Freitag im Saal 7 des Gewerkschaftshauses statt. Die Brandenleitung.

Aus **Stuttgarts** Buchbindereien. Schon lange wollten wir an dieser Stelle einmal unser Herz ausschütten, doch rückstüßvoll, wie wir sind, schoben wir es immer auf. Was uns am meisten drückt, das ist der bedauerliche Umstand, daß man sich überall, ohne Ausnahme, an den Bestimmungen des Tarifs herumdrückt. Dies wird nicht nur von uns Arbeitnehmern schmerzlich empfunden, sondern auch die Prinzipale leiden unter diesem, allerdings von ihnen verschuldeten Zustande. Es hat schon lange gedauert, bis sich die Unternehmer teilweise zu der Ansicht durchgerungen haben, daß für ein sicheres und erfolgreiches Arbeiten ein geregeltes Lohn- und Arbeitsverhältnis notwendig ist; aber noch länger dauert es, bis sie zu der Erkenntnis kommen, daß das tariflich festgelegte auch pünktlich einzuhalten ist. Doch diese Erkenntnis kommt, zwar langsam, doch sie kommt!

Zuerst muß aber Rechtsgeld bezahlt werden. Wir wollen aber auch nicht den Standpunkt einiger Herren aufheben, die da sagen: „Tarif, nichts drunter und drüber!“ Es gibt eine große Anzahl von Arbeiten, die im Tarif so knapp berechnet sind, daß

es angebracht wäre, wenn die Arbeitgeber sich darauf erinnern würden, daß der Tarif ein Minimaltarif ist. Besonders aber auch bei den Stundenlöhnen dürfte eine große Engbergzeit schwinden. Wir betonen oben, daß auch die Unternehmer unter den unwürdigen Umständen einer willkürlichen Entlohnung zu leiden haben und als Beweis hierfür mag angeführt sein, daß in fast allen Werkstätten unsere Kollegen von ihrem Arbeitgeber fortwährend die Botschaft hören müssen: „Der und jener muß unter Tarif zahlen, denn der macht seine Arbeiten viel billiger als ich!“ Diese und ähnliche Ausdrücke werden nie ohne eine gewisse Bitterkeit gemacht und sind nicht angetan, ein großes Vertrauen zu der Arbeitgeberorganisation zu gewinnen. Die Arbeitgeber haben sich verpflichtet, mit Hand anzulegen, um dem Tarif eine möglichst breite Ausdehnung zu verschaffen, und die erste logische Schlussfolgerung daraus wäre doch, daß sie alle Mittel aus ihrer Organisation anwenden sollten, daß wenigstens bei ihren Mitgliedern nicht unter Tarif bezahlt wird. Doch weit gefehlt; wir, die wirtschaftlich Schwächeren, sollen ganz allein immer die Opfer bringen, um im Beruf geordnete Zustände zu schaffen, die doch auch im sehr wesentlichen Interesse der Arbeitgeber liegen. Wenn die Mittel der Organisation der Arbeitgeber bis jetzt noch nicht ausreichen, dieses durchzuführen, müssen sie diese eben zu schaffen suchen. Wenn die Profitsucht nicht wäre, müßte dies auch ein Leichtes sein. Unerwähnt wollen wir auch nicht lassen, daß wir einige Kollegen hier haben, die ebenfalls in Tarifangelegenheiten nicht einwandfrei sich benehmen, und wir werden bei passender Gelegenheit diesen mal ganz energisch auf die Finger klopfen.

In letzter Zeit haben sich nun die organisierten Prinzipale auf das wiederholte Drängen unsererseits herbeigelassen, des öfteren mit unserer Tarifkommission in Verhandlungen zu treten. Wir wollen hoffen, daß es uns erspart bleibt, in kurzer Zeit einzelne Verbandsfirmen etwas unsanft an dieser Stelle bereuigen zu müssen. Wir haben die feste Absicht, bei allen Nichtverbandsfirmen nun energisch auf Anerkennung und Einhaltung des Tarifs zu dringen, und haben dies bereits schon in etlichen Fällen mit Erfolg getan; verlangen nun aber ebenso bestimmt, daß die andere Seite alles aufbietet, um auch ihrerseits hier ihre Pflicht zu tun. Für heute wollen wir noch kurz die Firma Samuel Mayer, Hofbuchbinderei, etwas unter die Lupe nehmen. Diese „rühmlich“ bekannte Werkstätte gehört mit zu denen, wovon uns schon lange bekannt ist, daß schwere Tariffurchwechslungen vorkommen. Bei Mayer ist es aber am buntesten: Jährliche Arbeitszeit bei Löhnen von 30-44 Pf. pro Stunde! Die Lehrlinge haben bei dieser langen Arbeitszeit keine Vesperpause, sondern müssen während der Arbeit essen. In der Hälfte ihrer Arbeitszeit müssen sie allerdings Hausfrüchtdienste verrichten. Vor kurzem sagte ein Lehrling, der schon zwei Jahre lernt, zu einem Gehilfen: „Heut habe ich zum erstenmal an einer Schneidemaschine geschnitten!“ Herr Samuel Mayer gehört aber auch zu denen, die recht drastisch über die Gefellen schimpfen, wenn sie ihr Handwerk nicht verstehen. Die Schneidemaschinen wollen wir hier gar nicht ansühren. Dafür ist Herr Samuel Mayer aber ein frommer Christ, Kirchenrat und konservativer Parteimann, der „die roten Brüder“ mit Haut und Haar auszotten möchte. Alle anderen Arbeitgeber sind, soweit wir in Tarifangelegenheiten mit ihnen zu tun haben, zu vernünftigen Erledigungen von Streitigkeiten bereit gewesen. Mayer dagegen steckt den Klappstein heraus. Wir mußten daher das letzte Mittel gegen ihn anwenden, und seine Werkstätte sperren. Außerdem werden wir in Verbindung mit der Prinzipalvereinigung, der Mayer nicht angehört, nun dem Beispiel anderer Städte folgen und an alle Behörden die Anträge stellen, daß sie ihre Arbeiten nur noch an tariffreie Firmen vergeben, was für Mayer dann auch nicht ganz einleuchtend sein dürfte.

Damit für heute genug.

Rundschau.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Der gewerkschaftliche Unterrichtskursus, welcher von der Generalkommission veranstaltet wird, und der am 22. Februar begonnen hat, wird diesmal von den Kollegen Lange-Dresden (Ortsbeamter) und Michalski-Berlin (Metarbeiter) besucht. Auch der Kollege Fren-Stuttgart sollte nach Absicht des Vorstandes daran teilnehmen, doch erhob der Stuttgarter Zahlstellenvorstand dagegen Widerspruch, weshalb der Vorstand vorstand von seiner Absicht Abstand nahm. Die Redaktion der „Buchbinder-Ztg.“ befragt während der Dauer des Unterrichtskursus Kollege Mloth.

Die „Graphische Presse“ schreibt folgendes: „Unsere Zukunftsorganisation“ ist ein Artikel überscriben, der von einem Mitgliede des Buchbinder-

verbandes vor einigen Wochen in der „Buchbinder-Zeitung“ erschienen ist. Darin wird einem Industrieverband für das graphische Gewerbe mit Wärme das Wort geredet und betont, daß sich unsere Organisation bereits auf dem Vormarsch zu einem Industrieverbande befinde, wofür die Angliederung der Photographen und Formstecher, denen über kurz oder lang die Klographen und Molensstecher folgen würden, den Beweis liefere. Wir bemerken zu diesen Ausführungen, daß wir ebenfalls davon überzeugt sind, daß sich die Gewerkschaftsbewegung immer mehr zur Bildung großer allumfassender Industrieverbände durch Zusammenfassung der Organisationen verwandter Branchen entwickeln wird. Auch im graphischen Gewerbe wird die Entwicklung zu einer Vereinigung der verschiedenen Branchenverbände in einem Industrieverband führen. Diesen können wir uns aber nur denken, wenn alle Branchenorganisationen in ihm aufgehen, d. h. also, wenn sich die Verbände der Buchdrucker, Buchbinder, Buch- und Steinbruderzeitschriften, Lithographen und Steinbruder miteinander verbinden. Solange eine dieser großen Gruppen für die Vereinigung noch nicht zu haben ist, solange ist auch für uns an eine Verwirklichung des Gedankens nicht zu denken. So und nicht anders sind auch die gelegentlichen Neuzuerungen des Kollegen Sillier zu dieser Frage aufzufassen gewesen, von dem der Artikelreiber sagt, daß er ein eifriger Anhänger dieses Planes sei.

Zu einem Protest gegen die drohende Tabaksteuer und Plaksteuer fordert der Vorstand des Verbandes der Lithographen und Steinbruder seine Ortsvorstände auf und ersucht sie, mit den örtlichen Organisationen der Buchdrucker, Buchbinder und Hilfsarbeiter eindrucksvolle Protestveranstaltungen abzuhalten, entsprechende Resolutionen dort fassen zu lassen, und diese sowohl dem Deutschen Reichstage als auch den jeweiligen Abgeordneten der betreffenden Reichstagswahlkreise ohne Unterschied der Partei — zu übermitteln. Wir können nur wünschen, daß sich die Mitglieder unseres Verbandes recht zahlreich an diesen Protestveranstaltungen beteiligen, denn auch für unseren Beruf würden jene Steuern, wenn sie angenommen würden, sehr schädlich wirken.

Gewerkschaftliche Zentrale für Sachsen. In Dresden fand am Montag eine Konferenz der in Sachsen tätigen Gau- und Bezirksleiter der Gewerkschaften statt. Es waren 57 Delegierte anwesend. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Schaffung einer gewerkschaftlichen Zentrale für Sachsen, sprach Genosse Haack (Bezirksleiter der Metallarbeiter). Er bezeichnete als Aufgaben einer solchen Zentrale: Vertändigung über alle beide Teile der Arbeiterbewegung betreffende Fragen, Herbeiführung einer Vertändigung der Agitationsleiter untereinander zwecks Betreibung gemeinschaftlicher Agitation in rückständigen Gebieten, wo ein gemeinschaftliches Vorgehen für bestimmte in Betracht kommende Berufe zweiseitig und angebracht erscheint, und Aufrechterhaltung der Verbindung zwischen den Bezirks- resp. Gauleitern und Einberufung von Konferenzen derselben nach Bedarf.

Gegen eine Stimme wurde die Schaffung einer solchen Zentrale beschlossen und Dresden als Sitz derselben bestimmt.

Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung: Gegenseitige Benachrichtigung bei Differenzen, Lohnbewegungen und Streiks, referierte Kösch-Dresden (Zimmerer). Er wies auf den großen Wert einer Vertändigung der in Frage kommenden Organisationsleiter hin. Die Konferenz stellte sich einmütig auf den vom Referenten eingenommenen Standpunkt.

Ueber Agitation sprach Schöffler-Dresden (Metallarbeiter). Er teilte unter anderem mit, daß den circa 250 000 gewerkschaftlich organisierten Mitgliedern circa 400 000 organisationsfähige Arbeiter gegenüberstünden. Er gab eine ganze Reihe die Agitation betreffende Winke und Aufführungen. Auch hieran knüpfte sich eine längere Debatte, die fast vollständige Nebereinstimmung ergab.

Das gewählte Zentralkomitee hat sich konstituiert und wählte Genossen Haack, Bezirksleiter der Metallarbeiter, zum Vorsitzenden. Alle Anfragen usw. sind an seine Adresse: W. Haack, Dresden-N., Leipzigerstraße 40, 2. Etage, zu richten.

Für ein Plakat des Verbandes der Steinseker, Pflesterer und Berufsgenossen schreibt der Vorstand dieses Verbandes einen Wettbewerb aus und hat dafür drei Preise zu 100, 60 und 40 Mk. ausgesetzt. Die Jury besteht aus zwei Mitgliedern des Steinsekerverbandes und je einem Bildhauer, Lithographen und Maler. Die Einsegnung der Entwürfe muß spätestens bis zum 20. März an den Verbandsvorsitzenden Knoll-Berlin erfolgen, und die Ausstellung der Entwürfe findet den 28. März im Saal III des Berliner „Gewerkschaftshauses“ statt.

Johann Stanning, einer der Gründer der Maurerorganisation und Redakteur des „Grundstein“ ist am 13. Februar verschieden. Seit

dem Jahre 1903, in dem ihn ein Gehirnschlag traf und der eine Lähmung der linken Körperseite hinterließ, hat der Verstorbene körperlich viel zu leiden gehabt. Zu einem Nachruf des „Grundstein“ wird besonders der rastlose Eifer Stannings im Dienste der Maurer- und Arbeiterbewegung anerkannt, wofür er sich die Befähigung in der harten Schule des Lebens mühsam erwerben mußte, da er nur die Schule eines pommerischen Landstädtchens besucht hatte. Ehre seinem Andenken!

Kollegen als Schiffsen. In Hamburg fungiert der Kollege Herbold seit 2 Jahren als Schiffe am Amtsgericht. Eine größere Heranziehung der Arbeiter zur Rechtsprechung wäre sicher im Interesse des Volkes und des Rechts gelegen. Denn das Wort Goethes hat noch nicht seine Berechtigung verloren:

Es erben sich Gesetz und Rechte
Wie eine ewige Krankheit fort;
Sie schleppen von Geschlecht sich zu Geschlechte
Und rücken nacht von Ort zu Ort.
Vernunft wird Unsinn, Wohlthat Plage;
Weh dir, daß du ein Enkel bist!
Vom Rechte, das mit uns geboren ist,
Von dem ist leider nie die Frage.

Der Arbeitgeber-Schutzverband für das Deutsche Buchbinder-Gewerbe und verwandte Berufe richtet folgenden Aufruf an seine Kollegen zum Eintritt:

„Mit dem Beginn des neuen Jahres soll auch die Agitation für unseren Schutzverband neu ins Leben treten.

Die wenigen Monate werden vergehen, und wir stehen vor unserer zweiten Hauptversammlung. Kollegen, rüßt Euch, gründet Bezirksverbände in allen Städten Deutschlands. Befreit vom Eintrittsgeld sind diejenigen Kollegen, welche bis zur Hauptversammlung ihren Beitritt erklärt haben.

Die dringende Notwendigkeit des Schutzverbandes sollte allen Kollegen bewußt sein. Der Anfang ist gemacht, den unberechtigten Forderungen unserer Arbeitnehmer ein Halt zu bieten.

Kollegen, durch das feste Zusammenhalten anderer Handwerksmeister in ihren Schutzverbänden ist viel Wandel geschaffen in der gesamten Arbeiterbewegung, weshalb stehen wir noch abseits? Treten wir mit ein, unterstützen wir alle Kollegen in den anderen Berufsverbänden mit unserer Tätigkeit, auch unser Merkwort muß lauten:

„Einer für Alle, Alle für Einen!“

Kein Kollege sollte die geringen Beiträge, welche doch auch für den kleinsten Betrieb zu erschwingen sind, scheuen.

Kollegen, Mittel müssen vorhanden sein, um die gegenseitige Unterstützung, wenn Gefahr vorhanden, aufzunehmen. Unserer Hauptkasse sind von den Bezirksverbänden schon ramhafte Beträge zugeflossen, das genügt aber noch lange nicht, es bedarf noch weiterer Geld- und Wuchmitteln.

Schon viele Kollegen haben ihre Mitgliedschaft erklärt, aber viele Arbeit ist noch zu leisten, um alle zusammenzurufen, und dann erst kann von einer Organisation der Arbeitgeber in unserem Gewerbe gesprochen werden.

Kollegen, weshalb so zögern, auch wir wollen zeigen, daß wir die Herren in unsern Betrieben noch finden. Wo ein Bezirksverband vorhanden, mögen sich die noch Fernstehenden anschließen, wo nicht, gründen sie neue Bezirksverbände, wo dies nicht angängig, erklären sie ihre Mitgliedschaft als Einzelmitglied unmittelbar beim Zentralvorstand in Berlin.

Der Zentralvorstand ist jederzeit bereit, Auskunft zu erteilen.

Mit kollegial. Gruß

Der Vorsitzende:

J. W. F. Sadmann, Berlin S. 42, Ludauer Str. 3 I.*

Der Aufzug wird fast in allen Fachzeitschriften veröffentlicht. Wenn der Schutzverband anscheinend weiter keinen Zweck hat, als „den unberechtigten Forderungen unserer Arbeitnehmer ein Halt zu bieten“, dann ist sein Dasein als ziemlich zwecklos zu bezeichnen. Aber wie sie sich räuspert und wie sie spuckt, das hat man im „Schutzverband“ der Kleinen den großen Scharfmachern glücklich abgewartet. Für unsere Kollegenchaft sind aber diese immer über einen Leisten gebauenen Aufrufe des Schutzverbandes eine erste Mahnung, für die Ausbreitung unseres Verbandes unablässig tätig zu sein.

Kunstklasse der Berliner Buchbinderfachschule.

Dirigent G. Glad, Lehrer R. Kersten, L. Sütterlin. Im letzten Sommer- und jetzigen Winterkurs wurde die Kunstklasse von insgesamt 16 Schülern besucht, 6 davon blieben 2 Semester. Der nächste Kursus beginnt am 5. April 1909. Das Honorar beträgt für den halbjährigen Kursus 30 Mk. Die Unterrichtszeit ist von 12-13 Uhr. Für Anfänger im Handvergoldben wird von Herrn Kersten nach seiner benützten Methode Nebenunterricht erteilt. Abends findet in der Fachschule durch Dirigent N. Papajewsky, Spezialunterricht in Präpariergoldben,

Marmorieren, Lederarbeiten und Geschäftsbücheranfertigung statt.

Projektente versendet und Anmeldungen sind rechtzeitig zu richten an den Dirigenten G. Elaby, Berlin SO. 26, Skafiterstr. 142, 1.

Fast 10 Millionen erwerbstätiger Frauen einschließlich der Dienenden, das ist also das Resultat der wirtschaftlichen Entwicklung, die damit allerdings in gründlicher Weise mit dem alten Ideal der „ins Haus gehörenden Frauen“ aufgeräumt hat.

Table with 4 columns: Land- und Forstwirtschaft, Industrie einstg. Bergbau, Handel und Verkehr, häusliche Dienste, Beamte und freie Berufe. Rows show absolute numbers and percentages for men and women.

Hierzu kommen also noch 15 872 männliche und 1 249 333 weibliche im Haushalt der Herrschaft lebende Dienende. Die Unterschiede sind in die Augen springend.

von der weiblichen Industriebewölkerung aber erst etwas über ein Sechstel. Noch mehr als in der Stadt treibt die Hof auf dem Lande die Arbeiter- oder Bauernfrau zum berufsmäßigen Mitberdienen.

Der Umsatz der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine im Jahre 1908. Der Gesamtumsatz, den die Großverkaufsgesellschaft erzielte, betrug im Jahre 1908 65 778 277,03 M., 1907 59 866 220,04 M., also mehr 1908 5 912 056,99 M.

Die Umsatzsteigerung beträgt 9,9 Proz., eine Steigerung, die angesichts der wirtschaftlichen Krise als befriedigend bezeichnet werden muß.

Trotzdem aber nur ein ganz geringer Teil des Absatzes auf Abnehmer aus den besitzenden Klassen entfällt, würde die Belastung durch die von der Regierung vorgeschlagene Wandersteuer eine ganz enorme sein.

Würde der Regierungsentwurf auch schon 1908 Gesetzeskraft gehabt haben, so hätte die Tabakarbeiter-Genossenschaft nach den vorgeschlagenen Steuerätzen zahlen müssen für:

Table with 2 columns: Steuerätze (1905, 1898, 1904, 32) and corresponding amounts in M. (15340, 151684, 52884, 1024).

Der gesamte Umsatz der Tabakarbeiter-Genossenschaft betrug im Jahre 1908 1 166 294; abzüglich Zoll verbleibt mithin ein Fakturrewert von rund einer Million; die Belastung durch Zoll und Wandersteuer würde mithin in Zukunft 39 Proz. betragen.

Abrechnungen

Vom vierten Quartal 1908 gingen weiter bis zum 23. Februar bei der Verbandskasse ein: Von Nachen mit 100 M., Bromberg 68,21 M., Heilbronn 555,02 M. und von Posen mit 100 M.

Noch nicht abgerechnet hat die Zahlstelle Koblenz. G. Haufen.

Adressenänderungen.

Derlinische Bevollmächtigte.

Mainz: J. Widmann, Mailandgasse 3 I.

Unterstützungs-Auszahler.

Saalfeld: G. Weizner, Schiefteich 12, nur wochentags von 12-1 und abends von 1/2 bis 1/8 Uhr.

Briefkasten.

N. F. in B.-G. Wir können keine Berichte von ausländischen Zahlstellen veröffentlichen. Wenden Sie sich doch an Ihr eigenes Verbandsorgan. — F. De. in A. Siehe Briefkastennotiz „M. in B.“ in letzter Nummer. — Bericht aus Hamburg ging ohne irgend eine Unterschrift und ohne Stempel der Zahlstelle bei uns ein.

Literarisches.

Arbeiter-Notiz-Kalender 1909. Ueber dieses unentbehrliche Taschenbuch schreibt das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ folgendes:

Eine wichtige Ergänzung der Gewerkschaftskalender ist der im Vorwärts-Verlage erscheinende Arbeiter-Notiz-Kalender. Soweit die Gewerkschaften selbst Kalender herausgeben, kommen für die Verbandsmitglieder diese natürlich in erster Linie in Betracht.

ANZEIGEN

Berlin.

Mittwoch, den 3. März 1909, abends 8 Uhr:

Vorlesungen moderner Dichtungen

ausgeführt von Emil Walkotte, Rezitator in Kellers „Philharmonie“, Köpenickerstrasse 96/97.

PROGRAMM:

Table with 2 columns: I. Auf dem Arbeitsnachweis, Gebt Arbeit, Der Mistkäfer, Die Hammelherde, Wohltäter Fuchs, Brot, Intermezzo; II. Die Grabrede, Der Regenschirm, Christentum; III. Ein Denunziant, Die Pastorin von Schivelbein, Das Fahnentuch, Lieber Simplicissimus.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

Gummierer

für eine neuingerichtete Gummier-Anstalt gesucht. Bewerber muß die Fabrikation der nichtroffenden gummierten Papiere genau kennen.

Hebel-Schneidemaschine, Holzpressen usw.

verkauft Albert Gowey, Lichtenberg, Travestfr. 1.

Prägemester

Ein durchaus selbständiger der einem Personal von 15-20 Personen vorstehen kann, von einer rheinischen Papierwarenfabrik für dauernde Stellung gesucht.

Werkzeug ist Werkzeug glaubte ich früher, als ich die von F. Klement-Weipzig gefertigten noch nicht kannte.

Wer sich mit dem Abschließen von Feuer- und Einbruch-Diebstahls-Versicherungen sowie Vermittlung von Singer-Nähmaschinen befassen will, gebe seine Adresse an Richard Meyer, SO. 36, Skafiterstr. 98.

Inserate finden nur Aufnahme wenn ihnen der Betrag beigefügt ist.



Seeburgstrasse 47 Das Geschäftshaus der Firma O. Th. Winckler, Leipzig

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse d. Buchbinder etc. (Eingeschr. Nilsk.) Sitz Leipzig.

Verwaltungsstelle Dresden.

Am 15. Februar 1909 verstarb unser langjähriges Mitglied

Max Lorenz

aus Altenburg, im Alter von 46 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Dresden, 23. Febr. 1909.

Für die Ortsverwaltung. D. Drummé.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Unser langjähriges Mitglied, der Kollege

Hugo Friedrich

verstarb am 12. Februar in seinem Elternhause in Leipzig an der Prostataerkrankung im Alter von 24 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Zahlstelle Nürnberg.

Buchbinder-Geschäft fehlt!

Laden mit Wohnung sofort billig zu vermieten. Nixdorf, Weißestr. 29 (nahe Hermannstraße).